

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

23. Sitzung des Abgeordnetenhauses. (10. Januar.)
11 Uhr. Am Ministerial-Graf zu Sulemburg mit mehreren Com-

missarien.
Gegenstand der Tagesordnung ist die vom Abgeordneten v. Mallindrodt eingebrachte und vom Centrum (in einer Stärke von 30 Mitgliedern einschließlich des neu eingetretenen Grafen von Hohenhausen) unterstützte Interpellation betreffend das Verbot der Veröffentlichung des auf das deutsche Reich bezüglichen Passus der Weisung des Papstes. Die Interpellation beginnt mit dem bekannten Erlaß des Ministers des Innern an die Oberpräsidenten vom 29. December 1872 und richtet sich dann an die königliche Staatsregierung folgende Fragen: 1) Ist eine in ihrem Wortlaut mit der vorstehenden Version übereinstimmende Verfügung wirklich ergangen? 2) Wie gedenkt die königliche Staatsregierung den Widerspruch zu lösen, in welchem die zur Unterdrückung der unliebsamen Stelle der Allocution durch den letzten Satz des Reichs-Vertrages getroffene politische Präventionsmaßnahme mit den Bestimmungen der preussischen Verfassungs-Urkunde Art. 27, sowie des Preussengesetzes vom 12. Mai 1851 sich befindet? (Art. 27 lautet: „Die Censur darf nicht eingeführt werden; jede andere Beschränkung der Pressefreiheit nur im Wege der Gesetzgebung.“) Beigefügt ist der Interpellation der Deutsches Reich betreffende Passus der Allocution im lateinischen Uebersetzungs-Text, nebst einer Uebersetzung des Interpellanten. (Nachdem der Minister des Innern sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit erklärt hat, erhält zu ihrer Motivierung das Wort der

Abg. v. Mallindrodt, der zunächst die Absichten recapituliert und den bekannten Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ verliest, in dem der Epizismus der Allocution gekennzeichnet war, sowie den „Ein neuer Botschafter“ überschriebenen Artikel der „Sprecher Zeitung“, die sich der ersten „brüderlich“ angegeschlossen habe. Dann fährt er fort: Die Zeitungen nicht officieller Natur und zum Theil sogar die officiellen, die durch Abdruck des Textes das Publikum in die Lage setzen wollten, sich ein selbstständiges Urtheil zu bilden, wurden mit Verstoß belegt. Der Uebersetzer, der in der Uebersetzung die charakteristische Weise zur Zeit die preussische Regierung in Rom zu vertreten hatte, erhielt unbestimmten Urlaub und auf diese gewaltige Ereignis wurde in den der Regierung nahe stehenden Zeitungen mit einer gewissen Betonung hingewiesen. Dann erschien der bekannte Erlaß des Ministers des Innern vom 29. December v. J., den die Interpellation mittelst. Außerdem hielt ich mich für verpflichtet, den lateinischen Originaltext der Allocution mit einer deutschen Uebersetzung von mir, die nach meinem besten Wissen treu gegeben ist, hinzuzufügen. Ich bemerke hierzu, wenn die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ die Worte „et dum eam praefracte divexit, impudenter asserere non dubitant, nullum illi a se inferri detrimentum“ dahin übersezt, „und während sie dieselbe (die Kirche) in frecher Weise bedrängt, schämen sie sich nicht, in unerschämter Weise zu behaupten“ u. s. w., so ist diese Uebersetzung einmal stilistisch ungenau (geschmacklos (Heiterkeit)), und zweitens sachlich völlig falsch und ihr gegenüber halte ich meine Uebersetzung: „und während sie dieselbe rücksichtslos mißhandeln, schämen sie sich nicht zu verschern“ u. s. w. (Auf Lachen: Sehr feil!) Daß die Regierung die Behauptungen der Allocution für unrichtig hält, finde ich sehr natürlich; denn es wäre ja ganz unerhörte, wenn die Regierung mit Bewußtsein die Uebersetzung, die geeignet sind, sie in den Augen der Unterthanen verächtlich zu machen. Aber hindert das im Allgemeinen die Möglichkeit der vollen Wahrheit der Allocution? Durchaus nicht; und ich meinerseits nehme nicht einen Augenblick Anstand und weiß mich darin mit der überaus großen Mehrheit aller katholischen Bewohner dieses Landes in vollstem Einklang zu behaupten, daß die Uebersetzungen der Allocution Wort für Wort lauter Wahrheit sind. (Sehr wahr! im Centrum. Widerspruch links.)

Was die geheimen Machinationen gegen die katholische Kirche anbetrifft, von denen darin die Rede ist, so ist dabei wohl nicht ausschließlich an die Staatsregierung selbst gedacht. Gewiß wird dabei z. B. auch an die geheimen Gesellschaften gedacht (Auf Lachen: Freimaurer!), gewiß in erster Linie an die Freimaurer. Bei uns zu Lande wenigstens zweifeln wir sehr wenig Leute daran, daß wenn es sich um untergrabende Mächte gegen das positive confessionelle Christenthum handelt, die Maurer geschäftig daran mitarbeiten. Man kann außerdem auch an die Parteien im Lande denken. Ich erinnere Sie an die Rede des Herrn: Behel im Reichstage, der wahrlich nicht zurückhaltend gewesen ist in Bezug auf die Stellung, die er und seine Partei der christlichen Kirche gegenüber einnimmt. Ich erinnere ferner an die eckelnde Rede des Abgeordneten für Dortmund (Windthorst) im Reichstage. Aber derartige Machinationen sind nicht ausschließlich außerhalb der Regierungskreise zu suchen, sondern sind auch innerhalb der Regierung zu finden. Ich finde z. B. hier und da Anzeichen von Conferenzen zwischen dem Cultusministerium und denjenigen Herren, die den Abfall von der katholischen Kirche repräsentieren. Das wirkt ein eigenes Schlaglicht auf die Mächte, die die Regierung ergreift. Wenn es in der Allocution weiter heißt: „Männer, die nicht allein unsere heiligste Religion nicht bekennen, sondern sie nicht einmal kennen,“ so wird doch der Cultusminister nicht behaupten wollen, daß er die katholische Kirche kenne. So sehr er sich auch besetzt, seit er den Ministerial inne hat, die katholische Kirche kennen zu lernen, so bin ich doch überzeugt, er fiele in jedem Examen, das er vor einem katholischen Theologen zu bestehen hätte, gründlich durch. (Heiterkeit; links: Ja wohl!) Sie finden das selbstverständlich? (Ja.)

Geben Sie sich doch Rechenschaft von Ihrem etwas vorschnellen Urtheil. Worauf laßt denn Ihre ganze Ansicht vom dem Streit? Darauf, daß Sie die katholische Theologie und ihre Kirche nicht kennen; das ist die Basis des Urtheils, das Sie fällen. (Sehr gut! im Centrum.) Die Allocution spricht ferner aber auch von offener Gewalt, mit der an dem Sturze der Kirche gearbeitet wird. Gehört zur offenen Gewalt etwa nothwendig, daß man den Säbel oder das Bajonett braucht, oder reicht es nicht schon völlig aus, wenn lediglich auf materielle Mittel gestützt, das Recht gebrochen wird? An Acten der Art aber haben wir seit einiger Zeit wahrlich keinen Mangel. Dabei kommt es auch gar nicht einmal wesentlich darauf an, ob der Reichsbruch in nader Gestalt auftritt oder sich einstellt in das Kleid eines in vielen Fällen nur gar zu fadenheimgeliebten Gesetzes. Schauen Sie sich in Deutschland um, so werden Sie z. B. in Baden eine Reihe von Mächten finden, die vollständig unter die Rubrik der offenen Gewalt gegen die Kirche fallen. Aber wir brauchen nicht so weit zu gehen, in unserem eigenen Lande haben wir Fälle genug. Haben wir nicht noch kürzlich erlebt, daß der Disciplinargerichtshof, statt den Angeklagten zu verurtheilen, eigentlich die anklagende Regierung verurtheilt hat? Das Erkenntnis des Gerichtshofes in Sachen des Bischofs Ramazanowski lautete dahin, sich für incompetent zu erklären, wodurch also ausgeschlossen wurde, daß die Regierung in eine außerhalb ihrer Competenz liegende Sphäre eingegriffen hat. Und ist das nicht Gewalt, wenn ich aus der Sphäre meines Rechtsgebietes hinaus in ein fremdes eingreife? Nun werden Sie sagen, das war ein Urtheil erster Instanz; vielleicht spricht die zweite anders.

Mag sein; aber wenn das geschieht, wenn der Präsident des Staatsministeriums erklärt, der Kriegsminister habe Recht, oder wenn der Präsident an der Sitzung nicht Theil nimmt, und die Mitglieder des Staatsministeriums erklären feierlich, der Präsident habe Recht, so ist das ein Urtheil, das in eigener Sache, aber kein richtiger Spruch, und insofern ist also diese Sache schon jetzt endgültig entschieden. (Sehr wahr! im Centrum.) Oder ist es etwa keine Gewalt, wenn man ohne irgend einen Rechtsgrund die Temporalien sperirt? Das Schulgesetz, nehme ich keinen Anstand, für eine in Form eines Gesetzes gekleidete, gewaltthätige Consecration fremder Rechte von Seiten des Staates zu erklären. Dann das Jesuitengesetz und vollends die Mächte, die die Polizei in Ausführung dieses Gesetzes sich erlaubt hat! Wenn meine Uebersetzung des Wortes „saevius“ mit „heftiger“ nicht genügt, wer lieber „grausam“ dafür setzen will, der mag es thun; denn die Verfolgung gegen die Jesuiten war eine grausame in vollem Sinne des Wortes. Ich erinnere Sie endlich an die geistliche habsburgische Entwicklung des Cultusministeriums, worin er Ihnen anschaulich gemacht hat, was man heuer für Mittel anzuwenden für nöthig hält, um die katholische Kirche an diesem Arm, an jenem Arm, am linken und am rechten Fuß und wo es sonst nöthig ist, zu fesseln; wie man es für angemessen gehalten hat, die Kirche

innerlich in Gährung zu bringen, die Geistlichkeit aufzustacheln gegen ihre Vorgesetzten, gegen die Bischöfe, und daß man sogar so voraussichtlich gewesen ist, daß man für den Fall, daß ein Geistlicher gar keine Lust hätte, sich zu beschweren, einem so thörichten Geistlichen einen Vormund bestellte, in Gestalt des Oberpräsidenten, der berufen sei, Namens dieses armen und unverständigen Geistlichen die Revolution gegen seinen Vorgesetzten processualisch bei der königlichen Regierung anhängig zu machen. Nach alledem also kann man mit vollem Rechte sagen: mit Machinationen und mit offener Gewalt wird an dem gründlichen Umsturz der katholischen Kirche gearbeitet.

Darüber ist doch wohl ein Zweifel nicht mehr möglich, daß die Regierung sich berufen glaubt ihrerseits einen Angriff in das innere Leben der Kirche zu machen. Sie sagt das zwar nicht, im Gegentheil, und das ist sehr schlimm, daß ihre Worte mit ihren Thaten in Widerspruch stehen; aber in Wirklichkeit stößt sie und schürt sie und hilft sie nach der Seite, die in Widerspruch steht, mit den auch von Seiten des Staatsministeriums anerkannten Organen der Kirche. Ich komme auf die angelegte Beleidigung Sr. Majestät des Kaisers durch die Allocution und da frage ich: wie und wo ist Sr. Majestät durch die Worte des Papstes beleidigt? Wo ist der Name des Kaisers genannt, wo ist auf die Person Sr. Majestät auch nur angepielt? Nirgend. Seit wann ist es denn üblich und recht, daß ein Tadel der Regierung eines Reiches als ein Tadel des Reichsoberhauptes angesehen wird? Seit wann ist es Rechts, daß ein Tadel der Zustände eines Staates als eine Beleidigung des Staatsoberhauptes bezeichnet wird? Wenn ich sage, in Berlin wird viel gestohlen, ist das eine Beleidigung des Staatsoberhauptes? Wenn ich sage, das Ministerium der Confessionsangelegenheiten ist ein durchaus freisinniges Ministerium, und wenn ich mich jetzt, soweit es mir parlamentarisch gestattet ist, gegen das Ministerium tadelnd äußere, ist das in aller Welt eine Beleidigung des Staatsoberhauptes? Wo sind Sie denn hingekommen, m. H. (zur Linken gemeldet) mit Ihren constitutionellen Doctrinen? (Sehr wahr! Sehr richtig! im Centrum) Vergessen Sie doch nicht in dem Maße die Stellung, die Sie nicht bloß sich, sondern dem Lande schuldig sind! Wohin soll es kommen mit der Freiheit, wenn wir nicht mehr das Recht haben sollten, uns tadelnd zu äußern über Handlungen der Staatsregierung, wenn die Staatsregierung sich zu verhehlen sucht hinter die unerschütterliche Person des Staatsoberhauptes, wie wir es hier und in vielen anderen Fällen erlebt haben!

Es ist fast zum System geworden, daß die Staatsregierung den Fürsten zum Schilde braucht, statt ihrerseits Schild des Fürsten zu sein. Ich klage aber deshalb in erster Linie nicht den Minister des Innern an, die Vorwürfe werden richtiger treffen, wenn sie nicht nach den Vorden, sondern nach der Wilhelmstraße gerichtet werden. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, das wird man ja nicht leugnen können, steht dem Reichstagsler viel näher, als dem Minister des Innern. Es erinnert diese ganze Beleidigungsgeschichte leicht an einen andern Vorgang. Sie erinnern sich, daß im Juli 1870 ein einmal und zwar zuerst auch in den officiellen Blättern die Mittheilung auftauchte von einer ungeheuren Beleidigung Seitens des französischen Hofes gegen Sr. Majestät den Kaiser, eine Beleidigung, die unbedingt von der ganzen Nation als casus bel i aufgefaßt werden mußte (Abgeordneter von Karloff: höri! höri!). Ich bitte die Herren, recht aufmerksam zu sein und dieser Aufforderung des Herrn von Karloff Folge zu leisten. Wer, vielleicht Herr von Karloff ausgenommen, weiß nun heute nicht, daß dieses sogenannte Emser Attentat eine Lügebeilegung gewesen ist und keine Wirklichkeit? (Sehr wahr! im Centrum.) Von der Beleidigung Sr. Majestät durch den Hofschäfer ist nichts übrig geblieben. Heute glaubt man es nicht mehr. (Ja doch! rechts.) Ich könnte einen fernern Fall in Erinnerung bringen, wo das auswärtige Amt sich nach Rom wandte, um durch Anweisung von dort her eine etwas andere Haltung unserer Partei zu bewerkstelligen. Wer hat alle diese Geschichten eingeleitet? Wer hat den Stoff geliefert, die Thatfachen berichtet? Denn daß sie berichtet waren, haben wir ihnen damals nachgewiesen. Führt man sich da nicht beruht, an ein ganzes System zu glauben, das in seinen eigenen sehr weit geht? Und welche sind die Absichten dieses Systems? Ich denke mir zwei: die eine zielt nach unten und findet ihre Illustration darin, daß man zuerst die leichten Truppen der Presse voranschickt, die in heftigster Weise die Behauptung aufwerfen und beurtheilen lassen.

Sr. Majestät sei beleidigt, die ganze Nation sei dadurch in ihrer Ehre engagiert, es sei die höchste Zeit, mit einer einschneidenden Gesetzgebung vorzugehen; und unmittelbar dahinter kommt das Verbot; denn der eigentliche Inhalt der Ansprache darf nicht gedruckt werden, das Publikum darf sie nicht lesen, denn sonst würde es den unwahren Worten dieser Presse nicht glauben. So werden denn die Unterthanen an- und gegeneinander gehetzt. Dann Artikel, wie die der „Nordd. Allg. Ztg.“ werden in protestantischen Landtheilen allerdings für bare Münze genommen, in katholischen glaubt Niemand daran. So wird dann der Gegenstand in der Bevölkerung in einer Weise geschärft, die zu den bedenklichsten Zuständen führen muß; und das thut die Regierung, sie stört den Frieden des Landes (Ohel links, Zustimmung im Centrum, lebhafter Widerspruch, große Unruhe), dieselbe Regierung, die kein Bedenken trägt, uns den Vorwurf zu machen, wir seien staatsgefährlich. Und nun die Tendenzen nach oben. Nach oben hin erregt man den Glauben, die Majestät des Kaisers sei beleidigt, sie schänden also dem dadurch verletzten Gefühl der Nation Genugthuung; und das geschieht, während die thatsächliche Unterlage der Beleidigung fehlt. Wie soll ich das begreifen? Würden wir, wenn wir ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz hätten, nicht vollständig berechtigt sein, die Regierung anzuklagen, daß sie Mächte ergreift, die darauf hinauslaufen, in den höchsten Regionen an Stelle des Wahren das Nichtwahre erscheinen zu lassen? Die Regierung rechtfertigt ihre Mächte gegen die Kirche mit der Behauptung, sie sei in Kriegszustand.

Wie aber will sie diese Behauptung rechtfertigen, die auch nur mit einem Auge ihr Ziel an der Spitze des Reiches und Landes sucht? Ist sie denn auch mit dem Landesfürsten im Kriegszustand, daß sie von Kriegsklünften Gebrauch macht? (Sehr gut! im Centrum) Ist sie nicht verpflichtet, nur lauter Wahrheit überall hin und besonders an den Thron bringen zu lassen, und setzt sie sich nicht damit in Widerspruch, wenn sie erst die Unwahrheit behauptet und hinterher der Wahrheit durch Polizeigewalt die Thür verschließt? Der Erlaß des Ministers des Innern verleiht schließlich den Art. 27 der Verfassung, wonach die Censur nicht eingeführt werden darf und jede andere Beschränkung nur im Wege der Gesetzgebung, und diese Verletzung kann Niemand leugnen. Es liegt eine polizeiliche Präventions-Maßregel vor, die auch thatsächlich wirksam gewesen, und wir haben alle Veranlassung, solcher Verfassungs-Verletzung entgegenzutreten, zumal in diesem Augenblick. Wie leicht die Regierung es mit Verfassungsbestimmungen nimmt, haben wir gestern gesehen, in der Rede des Cultusministers. Um die etwaigen verfassungsmäßigen Bedenken des einen oder andern Mitgliedes gegen die Kirchengesetze entwürfe zu beschwichtigen, bat die Regierung so nebenbei um eine zweimalige Lesung. Diese hält sie also, scheint es, eigentlich nicht für nöthig.

Der Cultusminister nimmt also an, daß diese Gesetze, die er uns so häufig beschrieb, nur dazu da sind, um die Artikel 12 und 15 der Verfassung concret auszubauen, um sie zu verwirklichen, also um die Selbstständigkeit der Kirche recht fest zu begründen. Entweder glaubt er das in der That, und dann weiß ich nicht, warum er sich mit den Gesetzen so abgequält hat, oder wenn nicht — ja da bin ich in einer schlimmen Alternative, ich habe es entweder mit der Fassungskraft oder dem Willen zu thun; zwischen dieser Esylla und Charybdis hindurchzufahren, ohne in eine hineinzufallen, das kann ich nicht. Ich wiederhole nur, ein Minister, der solche Gesetze einbringt, nimmt es mit der Verfassung außerordentlich leicht. Ich mache daraus die Anwendung für die Herren, die sich vor wenigen Jahren so sehr darüber echauffiert haben, daß meine Freunde und ich uns als Verfassungspartei bezeichneten, die damals sagten, das sei ja Thorheit, Verfassungspartei seien sie alle auch; nun meine Herren, beweisen Sie das jetzt! (Sehr gut! im Centrum. Heiterkeit.) Zeigen Sie, ob wir alle Verfassungspartei sind, die Zukunft wird es lehren. Ich schließe: möchte der Herr Minister in der Lage sein, die von mir gestellte Frage I zu verneinen. Ich möchte es ihm und uns wünschen. (Rebhafter Beifall im Centrum.)

Der Minister des Innern: Die Begründung der Interpellation ließ darauf schließen, daß es sich um eine Darlegung über die Haltung der Regierung in kirchlichen Fragen handelte. Darauf einzugehen bin ich zu Regierung in kirchlichen Fragen handelte. Darauf einzugehen bin ich zu

pellation zu halten. Da erkläre ich Folgendes: der Erlaß vom 29. December 1872, wie er in der Interpellation abgedruckt ist, ist von mir ergangen. Er ist an und für sich nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, es hat aber nichts zu sagen, wenn er in die Öffentlichkeit gedrungen ist. Seine Natur ist nur die, nicht ein definitives Urtheil der Regierung über die Allocution und deren Inhalt auszusprechen, sondern den Polizeibehörden die Weisung zu ertheilen, daß die Regierung, da sie in dieser Allocution Verleumdungen sieht, beschlagnahme den Inhalt der Allocution zum Gegenstand eines richterlichen Ausspruches zu machen, und daß die Polizeibehörden die Verpöhlungen hätten nach dieser Richtung hin das Nöthige, durch das Gesetz Vorgegebene zu thun. Das Gesetz spricht von Beschlagnahme und von der Entscheidung des Gerichts, ob die Beschlagnahme aufrecht zu halten ist. — Ich habe noch eine Andeutung an die Oberpräsidenten hineingeschoben, die ich ein Vertheilung nennen will, natürlich nicht im französischen Sinne des Wortes, sondern eine Benachrichtigung an die Zeitungsredaktionen, daß die Regierung diese Auffassung habe. Ein solches Vertheilung ist in den Gesetzen nicht vorgegeben, es ist aber im Gesetz auch nicht verboten, und ich glaube, daß eine Gesetzwidrigkeit irgend einer Art dem Erlasse eines solchen Vertheilung nicht beigemessen werden kann, so lange es in dem Belieben des Vertheilung steht, ob er demselben Folge leisten will oder nicht, und so lange an die Nichtbefolgung keine andern Folgen geknüpft sind, als diejenigen, welche das Gesetz daran knüpft.

Die Regierung hat also gegen die Bestimmungen der Verfassung und des Preussengesetzes nicht gefehlt, indem sie in einer durchaus wohlwollenden Meinung gegen die Zeitungsredaktionen sie bei Zeiten hat darauf aufmerksam machen lassen, was die Folgen wären, wenn sie ein Actenstück abdrucken, welches nach der Auffassung der Regierung Verleumdungen enthält. Damit könnte ich die Beantwortung der Interpellation schließen. Ich will nur noch eins hinzufügen. Der Herr Interpellant sagte, ihm läme es so vor, als ob die Anregung zu dem ganzen Schritte, weniger von den Vorden als von der Wilhelmstraße ausgegangen wäre. Das ist richtig; und ich will Ihnen einfach sagen, worauf das beruht: es kam im auswärtigen Amte darauf an, gerichtlich feststellen zu lassen, daß die Allocution Verleumdungen enthält, welche gegen die Urheber verfolgbar wären, wenn es eine Jurisdiction gäbe, welche dieselben unterworfen wären.

Auf den Antrag des Abg. Windthorst (Dortmund) tritt das Haus in eine Discussion des Gegenstandes der Interpellation ein; zehn Redner melden sich zum Wort.

Abg. Windthorst (Dortmund): Ich liebe es, meinen Feinden offen entgegenzutreten. Ich habe in diesem Falle zwei und beginne mit dem Minister des Innern, für dessen Verfahren ich einen euphemistischen Ausdruck nicht finden kann; im gewöhnlichen Leben würde ich es anders nennen, hier kann ich es gelinde nur als einen großartigen politischen Fehler bezeichnen, wobei man noch zweifelhaft sein kann, ob er officieller oder officieller Natur ist. Zuerst hat die Mächte auf mich den Eindruck gemacht, als ob der Minister des Innern durchaus nicht auf der Höhe der Situation steht, daß er die Bedeutung des Kampfes, in den wir eingetreten sind, nicht begriffen hat. Zu meinem großen Bedauern haben wir erfahren, daß nicht von ihm, sondern auf Anlaß des Fürsten Reichstagslers die Mächte beschlossen worden ist.

Ich glaube, darüber ist die Majorität des Hauses, hauptsächlich sind die liberalen Fractionen einig, daß es sich nicht um veraltete Mächte handelt, sondern nur um eine Art der Beantwortung der Allocution. Ich glaube, daß nicht der Minister des Innern die Antwort zu geben hatte, sondern diese Antwort ist durch zwei andere Minister gegeben worden, einmal dadurch, daß der Reichstagsler sich veranlaßt gesehen hat, den diplomatischen Verkehr mit dem päpstlichen Stuhl in rücksichtsloser Weise abzugeben; es ist lange keine Mächte getroffen worden, die so allgemeine Befriedigung hervorgerufen hätte. Heute hätte die richtige Antwort vom Cultusminister gegeben werden können. Er hat freilich gestern durch seine vorläufige Erklärung in mir eine gewisse Furcht hervorgerufen; er hat angekündigt, daß nicht Alles auf einmal gemacht werden kann; wir erwarten große Gesetze: ein Unterrichts-gesetz, ein Gesetz über die Civilese, Gesetze, deren Resultat die vollständige Trennung des Staates von der Kirche sein wird. Wir haben aber leider Grund anzunehmen, daß diese Gesetze in diesem Jahre nicht mehr vorgelegt werden. — In der liberalen Partei sind wir darüber einverstanden, daß der Erlaß des Ministers des Innern in vollständig unlesbarem Widerspruch mit der preussischen Verfassung steht; wir behaupten, daß das Preussengesetz überhaupt untragbar ist mit der Verfassung, und ich glaube, dieser Vorfall wird zu einer kleinen Reform dieses Gesetzes beitragen. — Der Herr Interpellant hat dadurch, daß er von dieser Stelle aus, ohne vom Unwillen des Hauses unterbrochen zu werden, das deutsche Reich, die ganze Regierung, die Entwicklung, die wir in den letzten Jahren genommen haben, schmähen konnte, daß er den glücklichen Krieg und den Enthusiasmus des deutschen Volkes heruntersetzen durfte, den Beweis geliefert, daß die katholische Kirche und ihre Vertreter in ihrer freien Bewegung nicht gehemmt werden. Es ist schwer, der Begründung des Abg. v. Mallindrodt zu folgen; ich will von seiner Uebersetzung nur bemerken, daß sie sehr art ist.

Ich bin der Ansicht, daß die Presse und der Papst von einander gelernt haben, sie schimpfen beide. Die intelligente Bevölkerung achtet auf derartige Kundgebungen des Papstes nicht, nur die bornirte Geistlichkeit und ein bornirter Adel sucht solche Allocutionen auf den Bauernversammlungen gründlich zu verwerten, um den sähen, lieben, dummen Bauer zu bearbeiten, so lange, bis auch die Bauern klüger werden, und dafür wollen wir sorgen, daß sie bald besser unterrichtet sind, als die frommen Herren der Geistlichkeit es wünschen. (Bravo) Die Anlage der Unterdrückung der Katholiken muß ich entschieden zurückweisen; alle Gesetze, die zu dieser Kategorie gezählt werden, sind im Reichstage und im Landtage mit einer großen Majorität beschlossen worden, der sich der Abgeordnete v. Mallindrodt nur nicht zu fügen weiß. Diese Gesetze waren nothwendig; daß sie es geworden sind, daran sind Sie (das Centrum) Schuld. Wir wollen Kirche und Staat scheiden, damit wir nicht als Mitglieder feindlicher Kirchen, sondern als Staatsbürger einander gegenüberstehen. — Die Kritik des Abgeordneten v. Mallindrodt richtet sich selbst durch ihre Uebertriebenheit; aber auch der Herr Minister des Innern hat insofern einen großen Fehler begangen, als der gesunde Menschenverstand in der ganzen Allocution nur die Ausgeburt leidenschaftlichen Hasses und kindischer Thorheit erblicken kann. Gefährlich ist sie nur insofern, als sie eine bequeme Handhabe zu Agitationen in den Wandern- und Bauerversammlungen bietet. Aber auch dieser Grund ist nicht ausreichend, um die Mächte zu rechtfertigen, denn das deutsche Reich ist stark genug, um derartige Angriffe zurückzuweisen; es wird unüberwindlich sein, wenn es auf der unerklärlichen Basis der Freiheit gegründet ist; dann wird es mit Recht von sich sagen können: Si fractus illabatur orbis, impavidum ferient ruinae! (Lebhafter Beifall.)

Abg. Engelken: Abgeordneter v. Mallindrodt adoptirt die Ansicht der „Germania“, daß aller Umsturz von den Logen ausgehe, jenen Körperschaften, die seit Friedrich dem Großen von allen preussischen Fürsten protectionirt werden und denen unser Kaiser und Kronprinz angehört. Es ist doch eine sonderbare Auffassung zu meinen, daß unsere Regenten der Revolution in die Hände arbeiten. Der Abgeordnete Windthorst sprach dann von dummen Bauern. Die linke Seite hält die Bauern immer reif für die Selbstverwaltung, und nun sollen sie auf einmal dumm sein. Vielleicht ist das in Dortmund so. Aber bei uns auf der Baier ein verständiger, nachdenklicher Mensch, der sehr wohl das Wahre vom Falschen zu unterscheiden weiß; die Kreisblätter aber lesen er weit eher zu wenig, als zu viel. — Weiter hat Abgeordneter v. Mallindrodt bei Gelegenheit des neuen Benedetti an den alten erinnert und die Beleidigung desselben abgelehnt. Aber ob eine Beleidigung vorhanden ist, oder nicht, ist Sache des Geistes und das ganze preussische Volk war tief ergriffen wegen des dem Landesvater angethanen Affront. Wir wissen, daß es eine Beleidigung war und als solche ist sie gerächt worden mit dem Schwerte in der Hand. — Und was nun die Allocution anlangt, so hat der Interpellant das Wort impudenter doch zu frei überlegt; es heißt immer „unerschämte“ und kein Legion hat eine andere Bezeichnung als diese, welche eine harte Beleidigung gegen die vom Könige berufene Regierung enthält. Die heutige „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bringt einen Artikel, welcher an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Es ist eine Uebersetzung aus der „Voce della Verita“

Darin heißt es, daß das Centrum jedes Zusammengehens mit der consensablen Partei ablehnen müsse, weil dieselbe sich nur aus Protestanten bestehe und zudem ein Zusammengehen mit ihr wegen ihrer Vergangenheit verächtlich wäre. Dann wird auf frühere Gegner der Päpste hingewiesen: Barbarossa sei viel härter als Bismarck gewesen, wollte das Papstthum führen, sei aber selbst, nachdem er Alexander III. demütig den Fuß geküßt hatte; Napoleon hielt den Papst in Fontainebleau gefangen und mußte dafür in St. Helena sterben. Jetzt sei Bismarck der Gegner des Papstes, dessen Partei nur Parteigänger und Blutbunde, dessen Stützen nur Tyrannen und Barbaren seien. Aus solchem Kampfe könne das Papstthum nur um so tiefer herabgehen. — Nun mit einer Partei, die den größten Theil des Landes, denn das ist die Partei Bismarck, Blutbunde nennt, können wir in anständiger Weise nicht rechnen. Man nennt hier auch bis jetzt nur Bismarck, exemplifiziert aber durch Souveräne wie Napoleon und Barbarossa, man meint also wohl auch in Wirklichkeit einen Souverän. Wenn die Regierung auf gelegentlichem Wege bemüht ist, derartigen Unberücksichtigkeiten die Spitze abzubrechen, dann wird sie uns immer auf ihrer Seite finden. (Beifall.)

Abg. Lasker: Ich sehe, meine Herren, in dem gegenwärtigen Kampfe als ruhiger Beobachter da, der sich bemüht, gerecht zu urtheilen, bei dieser kühlen Betrachtung bin ich auch dieses Mal in eine durchaus verwickelte Sache gekommen. Ich kann die Schritte der Regierung in Bezug auf die Presse nicht verteidigen, weder als gesetzmäßige, noch als kluge, noch als der Sache dienende, welche sie fördern sollen. Bereits gestern habe ich den Beweis versucht, daß dies die Auffassung unserer Partei ist, denn der Abg. Jung hat denselben Gegenstand zur Sprache gebracht bei der ersten Gelegenheit, die ihm dazu passend schien, und nur ein Irrthum hinsichtlich der Geschäftsordnung war ihm hinderlich. Er war hierin der Repräsentant einer gemäßigten liberalen Partei und sie werden also nicht glauben, daß wir mit einem Vorurtheil an die Interpellation und deren Begründung durch Herrn v. Mallindrodt gegangen sind. Aber nachdem ich heute diese Begründung gehört habe, muß ich sagen, daß der unbefangene und vielleicht mit dem Gesetz nicht übereinstimmende Schritt der Regierung für meine Kritik in den Hintergrund tritt. Was wir heute von Herrn v. Mallindrodt gehört haben, das war das Bedenken des Aufstiegs gegen die Gesetze des Staates (Zustimmung und Bewegung), das war die Gesetzmäßigkeit, die derselbe Abgeordnete schon so oft geübt hat, einen verhältnismäßig geringen Anlaß zu benutzen, um von dieser Tribüne Schmähungen auf das Land und die Gesetze zu häufen und dieselben unter dem Schutze, den uns die Verfassung hier gewährt, zu verbreiten, wo er glaubt, mit ihnen wirken zu können. Ich habe genau gehört, wie Herr v. Mallindrodt Beschlässe und Gesetze, an denen das Abgeordnetenhaus mit überwiegender Mehrheit Theil genommen hat, als offenen Rechtsbruch erklärt hat, der Regierung Verleumdungen ins Gesicht geschleudert hat, die der Anstand nicht hätte gestatten sollen. (Sehr wahr! links.)

Ich habe ferner gehört, wie Herr v. Mallindrodt nicht allein die Ausführung der Gesetze, sondern die Gesetze selbst, das Schulaufsichts- und das Jesuitengesetz als offenen Rechtsbruch bezeichnet hat. Und geschieht das bei einer solchen Gelegenheit, so behauptet er, daß der Redner nicht von diesem kleinen Anlaß, der in der beregten Gesetzesverletzung liegt, geleitet wird, sondern daß er jede Gelegenheit benutzt, um systematisch die Regierung und die Gesetze zu verunglimpfen. Ich habe gestern auch beobachtet, als der Minister davon sprach, die Absicht der eingebrachten Gesetze sei, den Geistlichen eine nationale Bildung zu geben, daß dies im Centrum ironisch beachtet wurde. Soweit (nach dem Centrum) sind Sie schon gekommen, soweit von dem nationalen Bewußtsein entfernt; soweit sind Sie abgedrängt davon, daß der Geistliche jeder Religion nicht allein die Religion zu wählen hat, sondern auch die höchsten Interessen der Nation, und daß er darum im Zusammenhange mit der Nation stehen muß! Den zweiten Satz haben Sie gänzlich vergessen und eine Regierung, die Ihnen Gesetze vorlegt, mit der Begründung, daß fortan nicht allein das religiöse Wissen gefördert, sondern auch das nationale Bewußtsein eingepflanzt werden soll, begegnet bei Ihnen einem ironischen Lächeln. (Gelächter im Centrum.) Sie bestätigen es. Ich habe es gestern gesehen und Sie geben ein Zeugnis für das, was ich von Ausländern gehört habe: daß der katholische Clerus in Deutschland, abweichend von anderen Nationen, so ganz und gar antinational sei. (Sehr wahr! Hörl! Hörl!) Man begreift dies weder in Frankreich, noch sonst irgendwo, wo es fromme, gute Katholiken giebt. Versuchen Sie doch einmal, ob der Clerus und die Katholiken in Frankreich den mit Deutschland verbündeten päpstlichen Stuhl unterstützen würden, wie Sie es jetzt thun.

Es ist ihnen nicht unbekannt, daß dort von allen Parteien des Landes dahin gestrebt wird, das Land mit Rom enger und enger zu verknüpfen, um die dortigen geistlichen Hilfsmittel zu benutzen gegen die Macht und die Einheit Deutschlands. (Sehr wahr!) Das können Sie nicht wegleugnen. (Ja wohl! im Centrum.) Die Zshafungen können Sie allerdings in Abrede stellen, aber glauben wird Ihnen Niemand bei den öffentlichen Zshafungen; denn sie sind verhandelt in den Verhandlungen des französischen Parlaments und in allen Organen der öffentlichen Presse ohne Unterschied der Parteistellung. Mühte Sie das nicht nachdenklich machen? Mühte es unter solchen Umständen nicht Ihr Gefühl empören, daß sich Männer finden, die, wenn diese geistliche Waffe — jetzt, Gott sei Dank, noch wirkungslos — gegen Deutschland in Anwendung gebracht wird, dann Gratulationschreiben nach Rom schicken (Hörl! Hörl!). Ist es da ein Wunder, wenn wir sagen, es ist nicht die Religion, was Sie verteidigen in erster Linie, so sehr Sie sich in ein Geheimniß darüber hüllen wollen und so sehr Sie jeden Andern zurückweisen, aber was dem deutschen Vaterland gut thut und was schadet, um das zu beurtheilen, braucht man keine Katholik zu sein, sondern das versteht ein Jeder, der sich in allen Beziehungen mit seinen nationalen Beziehungen einseitig weiß, der da weiß, welches die Schritte sind, die entweder getheilten Herzens die Nation und halb lieben können, oder ganz losgelöst von der nationalen Bildung, wie Ihre Geistlichen wünschen, mit Mächten außerhalb der Nation in Verbindung stehen. Ich meine allerdings, daß gegen den Staatsanwalt die Allocation sehr gut gearbeitet ist, daß von den unabhängigen Richtern in Preußen die Circulation der Anträge, die ja doch nur für Deutschland berechnet war, nicht wird gebindert werden können. Als Verteidiger würde ich dem Staatsanwalt beweisen, daß zwar von den Herrschern in dieser Allocation die Rede ist, aber in solchen Worten, daß ein Richter keine Majestätsbeleidigung herausfinden kann.

Abgeordneter v. Mallindrodt hat beispielsweise, indem er von den Leitern der öffentlichen Angelegenheiten gesprochen, in seiner Uebersetzung nicht umgehen können, von den Unterthanen zu sprechen. Von Unterthanen der Minister habe ich noch nie sprechen hören. (Heiterkeit.) Dies verschweigt Herr v. Mallindrodt. Wer den ganzen Tenor der Allocation kennen lernen will, lege Gewicht auf den Satz: „Mit offener Gewalt und geheimen Machinationen wird gegen sie gearbeitet, um sie zu verderben.“ Dann heißt es, daß ihnen die ganze Schuld zur Last gelegt wird, weil nämlich deren Oberhirten und Geistlichkeit im Verein mit dem gläubigen Volke es ablehnen, den Gesetzen und Anordnungen der weltlichen Macht vor den heiligsten Gesetzen der Kirche Gottes den Vorrang zu geben, und es verweigern, um dessentwillen von ihrer religiösen Pflicht abzufallen. Es wird also jugendlich und gebilligt, daß die Tendenz derjenigen unter den Katholiken — Gott sei Dank, nicht der Katholiken — die gegen das Reich verkehrt sind, darin besteht, den gesetzlichen Anordnungen nicht zu gehorchen. Das wird gelobt unter dem bekannten Vorwande, daß die Gesetze der Kirche heiliger seien und es deswegen Pflicht jener „guten“ Katholiken sei, den Landesgesetzen nicht zu gehorchen. Mögen sie nun Recht oder Unrecht haben in Beziehung auf ihr Gewissen — in diesem Punkte ich mich nicht — aber daß der Staat es sich nicht gefallen lassen, daß er nicht seine Kritik aus Rom herholen lassen kann, welche seiner Gesetze giltig, welche ungiltig seien, daß er nicht einzelnen Unterthanen überlassen kann, die Auswahl unter den zu befolgenden und nicht zu befolgenden Gesetzen zu treffen, scheint mir doch auf flacher Hand zu liegen, ist doch nach dem Begriff der heutigen Civilisation so völlig klar, daß Sie es selbst nicht in Abrede stellen können.

Ihr Gewissen würde sich viel eher damit beruhigen müssen, Märtyrer zu sein, aber nicht gegen den Staat den Anspruch zu erheben, daß er abartige, bis Sie geprüft haben als Oberrevision, ob die erlassenen Gesetze und Anordnungen zu halten seien und wenn nun eine solche Allocation erlassen wird, so freue ich mich immer darüber, daß wir gute Prebysen haben. Selbst daß gegen einen Staat, der grimmigste Haß soll nicht bestraft werden können; aber ich bin auf's Tiefste beleidigt, wenn das begabte und bedeutendste Mitglied der Centrumpartei in diesem Hause auf die Tribüne tritt und mit dieser voll Haß erfüllten Schrift sich identificiert, mit den darin ausgesprochenen Grundsätzen sein volles Gedenkbuch erklärt und wenn er dies thut, mit solchen Mitteln? Mit Schmähungen der Landesgesetze. Da hat wohl ein Redner von vornhin völlig Recht gehabt, wenn er unsere Schuld gelobt hat, eine Schuld, die schwierig bei anderen Nationen in gleichem Maße anzutreffen ist, daß wir die schändlichsten Beleidigungen gegen unsere Verhältnisse aus dem Munde eines begabten Redners hören, der Wort für Wort genau abwägt und wagt und berechnen kann, daß sie recht tief sitzen, wenn er unsere Verhältnisse schmätzt, wenn er die Gesetze des Landes als eine Gewalt schmätzt, die mit physischer Gewalt gleichsteht. Ich bin auch hierüber schmerzlich befohr, daß diejenigen Schritte, welche nach meiner Ueberzeugung der Stadt zur Wahrung seiner eigenen Gewalt unter

allen Umständen unternommen muß, lieber in der Form eines Kampfes erscheinen, wodurch die Meinung hervorgerufen werden kann, als ob jene Gesetze in Lebensgefahrlichkeit erlassen würden. Das ist keineswegs der Sinn der auf dieser (linken) Seite des Hauses vertreten wird.

Wir legen großes Gewicht auf die Schlussworte, die gestern der Herr Minister gesprochen hat: So schmerzlich der Kampf ist, er ist nur ein Mittel zum Frieden, den wir schließen wollen; aber wir können keinen Frieden schließen mit einer Partei, die geringfügig nicht allein über das spricht, was den Meisten in diesem Hause heilig ist, mit einer Partei, welche widerstrebt, daß ihre Geistlichen, ihre Seelsorger, ihre fühlenden Erzieher, auf Grund der nationalen Bildung sich zu diesem Amte befähigen sollen, mit keiner Partei, die sich mit einem Satze identificiert, der aus einem höchsten Munde herorgeht, daß den Gesetzen erst dann gehorcht werde, wenn aus gewissenhafter Prüfung herorgeht, daß sie nicht im Conflict mit den kirchlichen Gesetzen stehen. So lange Sie diese Grundsätze bekennen, ist mit Ihnen kein Frieden zu schließen. Für Sie ist diese Anordnung der Staatsgewalt ein schwerer Kampf, denn Ihre Grundsätze, sollten sie sich nicht im Lauf des Kampfes selbst noch umwandeln, sind mit dem Staatsgedanken absolut unvereinbar. (Sehr richtig! links.) Worauf wir hinwirken, ist nur den wünschlichsten Theil des katholischen Volkes zu überzeugen, daß das, was Sie vertreten, nach unserer gewissenhaften Kenntnis nicht die Religion im Kern hat, sondern vielleicht nur gewisse Auswüchse derselben. Ich sage vielleicht, weil ich nicht genügend unterrichtet bin, wie weit überhaupt ein Vorwand für Sie sprechen mag; aber das weiß ich gewiß, daß jede Religion, die auf Wahrheit Anspruch macht, die die Staatsbürger fähig heranzubilden will, vor allem den Satz anerkennen muß: Die Gesetze, so lange sie Gesetze sind, müssen geachtet werden, die Anordnungen der Obrigkeit sind nicht nach dem Belieben des Einzelnen bei Seite zu schieben; und deswegen wünsche ich, Sie mögen es in Zukunft vermeiden, mit Schriftstücken, die entgegengesetzte Grundsätze ausdrücken, sich identisch zu erklären. Denn ohne ihren Willen, wie ich anerkenne — ich habe das Vertrauen zu Ihrem Gefühl — ohne und gegen Ihren Willen werden Sie durch den Strom, den Sie selbst aufreizen, fort und fort abgedrängt von dem, was die übrige deutsche Nation, Gott sei Dank! in ihrer größten Mehrheit bewegt. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Windthorst (Neppen) [nachdem er den Wortlaut des bezüglichen Passus der Allocation nochmals verlesen]: Die Publication dieser Worte wollte das Ministerium verhindern, und darum erging der angegriffene Erlaß mit dem Abtheilungsausschuss an die Oberpräsidenten. Eine solche Verhinderung nun zwar kein wörtliches Gesetz, wohl aber der Sinn des Art. 27 der Verfassung. Graf Eulenburg hat nun zugegeben, daß dieser Erlaß von der Wilhelmstraße aus angeordnet worden sei, um etwaige Verleumdungen festzustellen. Diese objective Begrenzung ist von äußerster Wichtigkeit. Wenn aber Herr Bismarck ein Aussprechen der Gerichte wünschte, dann ist es unbegreiflich, wie man durch politische Präventivmaßregeln das erreichen wollte, indem man die Handlung, die den gerichtlichen Ausspruch herbeiführen sollte, verhinberte, und so von vornherein den beabsichtigten Zweck vereitelte. Wahrscheinlich aber hatte Herr Bismarck nicht mehr die oberste Leitung, sonst hätte man sich doch mehr bemüht, seine Absätze exact auszuführen. Warum wollte man denn nun die Allocation nicht bekannt werden lassen? Entfällt die Unwahrscheinlichkeit, dann mag man sie wiederlegen, wenn wahre Behauptungen, ja, dann freilich mag ihre Bekanntmachung an einzelnen Stellen recht unangenehm sein. Aber hätte ich auch nicht die hohe Verehrung vor Seiner Heiligkeit, ja selbst wenn ich außerhalb der katholischen Kirche stünde, würde ich mich freuen, daß es einen Mann giebt, der in der Lage ist, hoch und Heilig, ohne Ansehen der Person und der Stellung, von Zeit zu Zeit die ungeschminkte Wahrheit zu sagen. Und wenn Ihnen das auch nicht gefällt, der Papst, der so oft lobt gelagt worden, lebt und wird noch lange leben und das Papstthum, dessen Ende Sie schon lange vorausgesetzt haben, wird viele Männer und Institutionen überdauern, die jetzt glorifiziert werden. (Höhl!) Ja, der Abgeordnete für Dortmund mit seinen Freunden werden das Papstthum nicht stürzen. (Heiterkeit.) Um das Erkenntnis eines Gerichts über die Allocation herbeizuführen, ist also diese Allocation ins Welt gesetzt worden. Aber dieser Versuch ist in seinem Ziele ebenso verfehlt wie in den Mitteln seiner Ausführung. Denn wenn ein preussisches Kreisgericht die Verleumdung constatiren soll, so muß es doch den Animus feststellen — das dürfte doch immer unmöglich bleiben. Aber vor allen erst denjenigen Nationen, die nicht in Parteilichkeit befangen sind, die staatsmännisch die Frage ins Auge fassen, wird der Eindruck bleiben, mit welchen Mitteln Sie den Substrat bekämpfen, hinter welchem 200 Millionen stehen (Auf: Exalter?) Nein Katholiken (Heiterkeit.) Es ist bezeichnend, daß Sie bei jeder Zahl logisch an Exalter denken. — Aber behandeln Sie den Papst, wie Sie wollen, es wird Ihnen nie gelingen, ihn als einfachen Bürger hinstellen. Das hat Napoleon verlernt, und dafür ist er in Auslands verstorben und doch hat er in seinen Memoiren anerkannt, wer mit dem Papste unterhandelt, soll immer daran denken, daß er große Armeen hinter sich habe. Was Napoleon nicht gelang, wird auch der preussische Kreisrichter und das auswärtige Amt nicht erreichen. Ich wende mich nun an meinen verehrten Freund und Vetter, den Abgeordneten für Dortmund, der wenn auch anderer Meinung, mir doch verwandt bleibt. Mit Sympathie forderte er Freiheit für Alle. Auch ich verlange die Freiheit, aber ich will sie definirt, weil heraus aus allen nebelhaften Begriffen. Wollen Sie die Freiheit der Engländer und Amerikaner, dann stelle ich meinen Namen neben den Ihrigen.

Aber Sie wollen nicht Freiheit. Sie wollen Knechtung. Sie wollen die katholische und evangelische Kirche zu politischen Zwangsmitteln machen. Und da ist der Abg. v. Engelke gern bereit, jede Competenzverweiterung der Polizei begierig zu ergreifen. Sie wollen das Leben von der Wiege bis zum Grabe politisch reglementiren. Sie bestreiten die sehr begrenzte Unfehlbarkeit des Papstes, nehmen aber die Omnipotenz und Unfehlbarkeit des Staates auf allen Gebieten in Anspruch. — Meine Herren von der liberalen Partei, heute sind Sie am Ruder (Widerstand und Heiterkeit links). Schon glaubten Sie sich den Fürsten Bismarck entrückt, da sollte erst kein leerer Sessel, dann kein Geist und zuletzt er selbst weiter regieren, um Sie zu beruhigen. Aber Fürst Bismarck ist ein so hochbedeutender Staatsmann, daß er in jeder Corporation, der er angehört, regieren wird, selbst wenn ihm es belieben sollte, den Ministeressel mit dem Portierwechsel zu vertauschen um zu beobachten, ob Contrebande ins Ministerium geschmuggelt wird. Und Sie stehen ja dem Fürsten so nahe, daß Ihre Hoffnung, nächstens einen aus Ihrer Mitte zu seinem Specialcollegen erheben zu sehen sich noch täglich erfüllen kann. (Heiterkeit.) Aber denken Sie daran, Ihr Regiment könnte auflösen, es könnte, wie Sie sagen, in reaktionäre Hände kommen, oder richtiger es könnte der erste Versuch mit gelunden Zuständen gemacht werden, glauben Sie, daß man Ihres jetzigen Nichtslosigkeits gedankt, dann rückwärtsvoll gegen Sie wäre. — Früher verlangte mein verehrter Gönner, der Abg. Richter (Sangerhausen) immer die Freiheit der Kirche, die Ausführung des Art. 15 der Verfassung. Jetzt ist der Herr wie umgekehrt (Heiterkeit). Und doch folgt aus der Knechtung der katholischen Kirche die Zerstörung der evangelischen.

Nun wird mein verehrter Vetter es wohl begreifen, daß wir uns mit Recht Verfassungspartei nennen, denn wir treten hier vor Allen für die Freiheit und die Verfassung in die Schranken, wir verteidigen die Kirche und das System Friedrich Wilhelm des Vierten gegen den Unglauben, gegen die demokratische Tendenz der Bureaucraten, gegen irreguläre Minister; aber wir vertrauen, daß eben so Einhalt geboten werden wird, wie dies schon einmal geschah, und darin allein finden wir vorläufig unsern Trost gegen die heftigen Angriffe der Presse und vom Ministerium, diese Hoffnung hält uns aufrecht in dem Kampfe gegen eine Regierung, welche einer Partei folgt, die der katholischen Kirche den Krieg erklärt hat. (Höhl!) Vom Throne herab wird, so hoffen wir, diesem Treiben ein Halt zuzurufen werden. — Und auf unserer Seite stehen die wahrhaft intelligenten Katholiken; eine fanatische Geistlichkeit aber habe ich nirgends entdeckt, wohl aber viele Geislische, welche betäubt sind über die Zwietracht in unserem Schoße. Eben so wenig kenne ich einen bornirten Ael. Der Ael war nie so wenig bornirt als gerade jetzt, denn er hat gelernt, daß er seine Interessen am besten vertritt, wenn er für das Wohl des Volkes arbeitet, denn so wird er am sichersten seinen berechtigten Einfluß nicht verlieren. — Auch daß mein Vetter die Bauern dumm findet, er, der liberale Fortschrittsmann, nimm ich Wunder. Der Bauer und das niedere Volk ist nicht dumm. Vielleicht werden die Herren vom Fortschritt bald erkennen, daß das niedere Volk seine Vertreter in nicht langer Zeit lieber aus dem bornirten Ael als aus der Fortschrittspartei wählt. (Auf: Gerlach!) Ja, lieb wäre es mir, Herrn von Gerlach in unserer Mitte zu sehen. — Ueber die scharfen Aeußerungen meines Veters gegen den Papst kann ich nur mein Bedauern ausdrücken, um so mehr als er selbst früher der katholischen Kirche angehört hat. Was die Kogen anlangt, so sind es immerhin geheime, unbekannte Vereinigungen. Ich wünsche, daß sie unter die Vereinsgesetze gestellt und von Organen der Obrigkeit bewacht werden. Wesentlich bleiben sie immer, weil sie sich im Dunkeln halten, wenn auch auf meine Fragen mir von den Einen gesagt wurde, daß man sich dort nur mit Essen und Trinken beschäftige, während Andere sie keineswegs so harmlos darstellen.

Wenn der Abg. Lasker gesagt hat, daß Herr v. Mallindrodt zum Auftruf aufgefordert hat, so habe ich davon nichts gehört und bin auch nicht

aufgeführt worden. (Heiterkeit.) Der Abg. v. Mallindrodt hat einfach die Wahrheit gesagt. Und gelacht haben wir nicht, weil die Geistlichen national erzoogen werden sollen, sondern weil wir von den vorgelegenen Mitteln glauben, daß sie das Gegentheil bewirken. Ueberaus fragt es sich, was ist national? Doch nicht etwa identisch mit national liberal (Heiterkeit). Ich verweise darunter die Liebe zum heimatlichen Boden, zu den Institutionen des Vaterlandes. Jede Beeinträchtigung dieser Interessen haben wir zurückzuweisen. Aber nach dem Joceingange des jeweiligen Cultusministers, nach vorgelegener Fagon feilig zu werden, das heißt nicht national. Aber jede Kirche, jede Religion ist universal, das darf man uns nicht vorwerfen. Wollen nicht die Juden die ganze Welt beherrschen? Haben nicht die Europäer darum die Muhammedaner zurückgeschlagen müssen? Haben nicht die Heiden dieselbe Tendenz verfolgt? Zur Verfassung der katholischen Kirche gehört die Autorität des Papstes, und mag man uns darum immer schelten, dann steht uns das himmlische Vaterland höher, als jedes auf Erden.

Der Abg. Lasker glaubt an die staatliche Omnipotenz, glaubt, daß man vor Allen den Staatsgesetzen zu gehorchen habe. Aber Kaiser Nero verlangt als alleiniger Repräsentant des Staates, daß ein Pferd angebetet werde. (Große Unruhe.) Es hat viele Gesetze gegeben, es giebt jetzt deren und es werden auch noch viele gegeben werden, die tief ins Gewissen eingreifen. Da hat es der Staatsbürger schwer. Bis aufs äußerste soll das Gesetz befolgt werden. Aber die Grenzen des Gewissens dürfen wir nicht überschreiten. Und ebenso wie die ersten Christen sich gegen die staatliche Omnipotenz gewehrt haben, so werden es auch die Christen der Gegenwart thun. Der Staat ist nicht omnipotent. Er hat seine Grenzen. Geht er darüber hinaus, dann übt er Gewalt. Die Kirche zu einer einfachen Corporation zu degradiren, wird Ihnen nicht gelingen, es ist unmöglich, es verstoßt gegen die Geschichte, und kann im Ernst nur von Rottegeistern gefordert werden. (Heiterkeit.) — Wenn wir Alle vom wahren Patriotismus befeelt sind, so können wir ihn nicht besser befehlen, als dadurch, daß wir alle Schritte in Ruhe und Frieden, ohne persönliche Anfeindung überlegen und wohl mit uns zu Rathe gehen, bevor wir die Brücken abbrechen, die weise Regierungen vor uns geschaffen haben. Gelangen wir aber nicht zum Frieden, dann droht dem Vaterlande schwere Schädigung. (Beifall im Centrum.)

Abg. Löwe: Die Debatte hat sich über das ganze Gebiet der Philosophie und des Staatsrechts verbreitet, ohne den eigentlichen Gegenstand der Interpellation weiter zu verfolgen. Ich möchte nun aber doch konstatiren, daß dieser Fall, wie kaum ein anderer, geeignet ist, die vorläufige Beschlagnahme als einen Rest der Censur zu charakterisiren. Wir dürfen diese Erfahrung nicht unbenutzt lassen, wenn wir das Reichspräsidenten machen; ich glaube, das Volk hätte die Allocation richtig verstanden und wäre über sie zur Tagesordnung übergegangen, auch wenn sie ihm überall offen vor Augen gekommen wäre. Ich untersuche die Macht der katholischen Kirche, von welcher der Redner sprach, durchaus nicht, und ich bin überzeugt, daß sie in dem Kampf, der jetzt entbrannt ist, den Sieg davon tragen wird, wenn der Staat Spuren von Ermüdung zeigt. Er wird dann, wie 1837, das launische Joch der Demüthigung auf sich nehmen müssen, wenn gleich ich hoffe, daß die Ermüdung einer, der romantischen Schwindel anderer, welche damals der Regierung die Niederlage eintrugen, in unserem jetzigen Ministerium nicht mehr heimlich sind. Aber selbst im Fall eines augenblicklichen Sieges wird die Kirche in Deutschland nie Ruhe haben, der Geist der deutschen Nation wird ihr immer wieder den Handstock hinwerfen und fragen, ob sie Freund, ob Feind sei; leider ist die Antwort nicht zweifelhaft, denn es ist ja eine bekannte, traurige Thatsache, daß der katholische Priester als solcher in Polen, in Tirol das Deutschthum, wo immer er nur konnte, eingeengt und verdrängt hat.

Noch eins muß ich Herrn v. Mallindrodt erwidern. Als er von dem Enfer Attentat Benedetti's sprach, ließ er mehr oder weniger die Infimiation durchblicken, als ob von hier aus der Krieg vorbereitet sei. Ich habe nicht den Beruf, die damalige Politik der Regierung zu verteidigen, aber nachdem ich längere Zeit in Frankreich gelebt und mit Franzosen aller Klassen verkehrt hatte, habe ich nie auch nur einen Augenblick daran geweltet, daß ein Krieg gegen Deutschland der populärste Akt auch einer untergebenen Regierung bei allen französischen Parteien war. Der Mann, der gestern in England gestorben ist, hat das gewußt; als er in den Krieg zog, wußte er wohl, daß er ein gefährliches Spiel, ein Spiel mit höchst unglücklichen Karten begann, aber die Sorge um die eigene Existenz, die Angst vor der drohenden Revolution trieb ihm seinem Verhängnis entgegen. Wenn unsere Regierung Alles getan hat, und von Tag zu Tag, von Stunde zu Stunde den drohenden Ausbruch des Krieges hingehalten hat, so habe ich das dankbar anerkannt, selbst, wenn auch mit schwerem Herzen, bei der Luxemburger Affaire. Ich habe dies ausdrücklich konstatiren wollen, weil diese Debatte weit über die Landesgrenzen hinaus Interesse erregen wird. Hoffen wir, daß spätere Geschlechter friedlicher neben einander wohnen werden, als wir es können; der Kampf, den wir kämpfen, wird kein kurzer sein. (Beifall.)

Damit schließt die Besprechung; es folgen persönliche Bemerkungen. Abg. v. Kardorff: Herr v. Mallindrodt kann ich erwidern, daß meine Kunde von dem letzten Kriege wahrscheinlich aus flaxeren und reineren Quellen geflossen ist, wie die seine. Durch mein Hörl, hörl! wollte ich das Haus nur im Voraus auf die Schlussfolgerung aufmerksam machen, die der Redner auch wirklich zog, daß nämlich der letzte Krieg in fribolrer Weise nicht von Paris, sondern von Berlin begangen sei. (Lärm und Wierspruch.) Abg. Windthorst (Dortmund): Man hat mir als Mann des Volks und des Fortschritts die Worte vom „faßen, lieben, dummen Bauernverstand“, zum Vorwurf gemacht. Natürlich sprach ich sie nur aus dem Sinne der Centrumpartei heraus. Die Einsicht der Bauern, sein treuer, redlicher Sinn... Präsident: das gehört nicht mehr in den Rahmen einer persönlichen Bemerkung. Abg. v. Mallindrodt: diese Auslegung seiner Worte hat der Redner... Präsident: ich muß auch hier dem Redner bemerken, daß das keine persönliche Bemerkung ist. Ich habe bei dem tiefgreifenden Widerspruch der Meinungen der Debatte einen so weiten Spielraum gelassen, als sich nur irgend mit meinem Gefühl betrug, aber darauf muß ich unbedingt bestehen, daß die Grenzen der persönlichen Bemerkung respectirt werden. Abg. v. Mallindrodt: die Behauptung v. Kardorff's, ich hätte die Schuld an dem letzten Kriege Preußen aufgebürdet, ist absolut unwahr. Ich habe nicht ein Wort, nicht eine Silbe davon gesagt; ich habe es auch nicht im Entferntesten angedeutet. Ich stimme darin ganz mit Herrn Löwe überein, daß die Ziele des Mannes, der gestern gestorben ist, von jeder nach der Rheinprovinz gerichtet waren.

Das Haus setzt darauf vor sehr gelächelten Bänken die Specialdebatte des Staats des Ministeriums des Innern fort. Zu Cap. 97 (Polizei-Verwaltung in Berlin) bringen die Abgg. Eberth und Dunder die Unglücksfälle am Abend des Papstentzuges zur Sprache, doch sind sie bei der lauten Unterhaltung, die in allen Theilen des Saales herrscht, schwer verständlich. Abg. Dunder bebaugt leicht das nach so aufregenden Debatten, wie sie heute stattgefunden, die Verhandlungen noch fortgesetzt werden. Der Etat sei die einzige Stelle, an der das Haus wirklich Unbefindlichen der Verwaltung abhelfen könne; um so mehr sei zu bebauern, daß dies wichtige Recht auf solche Weise verfehrt würde. Auf die Beschwerden der beiden Abgeordneten über die Berliner Polizeiverwaltung erfolgt vom Ministerisch keine Antwort.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr (Rest der heutigen Tagesordnung).

Berlin, 10. Januar. [Amtliches.] Se. Majestät der Kaiser und Königin haben dem Intendantur-Secretär Weiß vom IX. Armeecorps den Charakter als Rechnungs-Rath und dem Intendantur-Registrator Hoernig vom XI. Armeecorps den Charakter als Kasse-Rath verliehen.

Der bisherige Bau-Chef und Ingenieur Ernst Friedrich Thon zu Oberlahnstein ist als königlicher Kreisbaumeister in Jüerbog angestellt worden. Den Herren Wirth u. Comp. zu Frankfurt a. M. ist unter dem 7. Januar d. J. ein Patent auf einen Geschwindigkeits-Regulator auf drei Jahre ertheilt worden. — Dem Director der Eisenwerke zu Salzgitter, Probing Hannover, Otto Schütte daselbst, ist unter dem 7. Januar 1873 ein Patent auf ein als neu und eigenthümlich erkanntes Pyrometer auf drei Jahre ertheilt worden. — Den Fabricanten Donath u. Jasper in Dresden ist unter dem 7. Januar d. J. ein Patent auf eine Rollvorrichtung an Cigarren-Werkmaschinen auf drei Jahre ertheilt worden.

Berlin, 10. Jan. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] haben heute Vormittag die Vorträge des Ober-Hof- und Hofmarschalls Grafen Pückler und des Hofmarschalls Grafen Perponcher, sowie des Hof-Präsidenten von Mada, empfangen in besonderer Audienz den Lieutenant von Reclam des 8. Ostpreussischen Infanterie-Regiments Nr. 45, welcher die Ehre hatte, die Leiden seines verstorbenen Vaters, des Majors von Reclam, zu überreichen, den Ritterschaftsbesitzer von Schulz, den aus Rom hier eingetroffenen Legations-Secretär, Premier-Lieutenant Stumma, und die Capitän Kolbwey und Hegemann, sowie den Unterleutnant Hildebrand in der Kaiserlichen Marine, welche die Ehre hatten, ein Werk über die von ihnen ausgeführte Nordpol-Expe-

Provincial-Beitung.

bition zu überreichen. Später arbeiteten Se. Majestät mit dem Chef des Militär-Cabinet, Dersien von Albedyll.

Gestern fand im königlichen Palais die erste musikalische Abendgesellschaft statt, unter Mitwirkung der Pianistin Gräfin Zonath, der königlichen Kammermusiker De Wyna und Stahlknecht und der schwedischen Sängerinnen.

o. Berlin, 10. Januar. [Herr von Gerlach. — Die Diakonissen.] Aus der „Germania“ erfahren wir, daß der Präsident von Gerlach von der katholischen Fraktion zur Wahl für das Abgeordnetenhaus aufgestellt worden ist. Das Jesuitenblatt empfiehlt die Wahl mit den warmsten Worten. Dem Wunsche, Herrn von Gerlach gewählt zu sehen, werden sich gewiß auch Viele anschließen, die mit den ultramontanen Bestrebungen sonst nichts zu schaffen haben, denn diese Wahl würde ohne Zweifel über manche Verhältnisse, die bis jetzt ge- heimlich im Dunkel gehalten werden, ein interessantes und werthvolles Licht verbreiten. Zunächst erfähre man beim Eintritt des Herrn von Gerlach in den Landtag in klarer Weise, welche Stellung der früher einflußreiche Parteiführer gegenwärtig einnimmt; sodann würde sich zeigen müssen, wie viele von seinen früheren Anhängern, die nicht zu den Katholiken gehören, heute noch ihm zu folgen bereit sind. Beson- ders interessant aber wäre, daß auch das Organ der ultrakonservativen Partei, die „Kreuz-Zeitung“, alsdann in die Nothwendigkeit ver- setzt würde, eine bestimmte Stellung zu der Gerlach'schen Politik und zu seinen katholischen Bestrebungen zu nehmen. — Der Regierungsrath Gase aus Hannover ist als Hilfsarbeiter in das Ministerium des Innern berufen worden. — Eine Anzahl von Diakonissen-Mutterhäusern hat in einer Konferenz beschlossen, an die Consistorien die Bitte zu richten, es möchten von ihnen Maßregeln ergriffen werden, daß den Diakonissen-Anstalten mehr Diakonissen, an welchen sich ein fühlbarer Mangel herausgestellt hat, zugeführt werden. Die Consistorien werden ersucht, den Pfarrern an- heimzugeben, die weibliche Jugend während und nach der Confirmations- zeit in geeigneter Weise sowohl mit der Noth innerhalb der evan- gelischen Kirche, als auch mit der Bedeutung und dem immer wachsenden Segen der Diakonissen-Arbeit bekannt zu machen und für die Mitarbeit zur Linderung des menschlichen Elends früh zu er- wärmen und praktisch anzuleiten. Die Mehrzahl der Consistorien hat die in der Bittschrift enthaltenen Wünsche zur Kenntniß der Pfarr- verordneten gebracht. In dem Besuche werden auch Mittheilungen über den Um- fang der Thätigkeit der Diakonissen gegeben. Nach denselben befinden sich jetzt mehr als 50 protestantische Diakonissen-Mutterhäuser mit 2700 Schwestern, welche auf etwa 700 Arbeitsfeldern beschäftigt sind. In den letzten 4 Jahren hat die Zahl der Diakonissen um mehr als 600, dagegen aber die von ihnen besetzten Arbeitsstellen um fast 200 zu- genommen.

[Der Kaiser] hat nachstehendes Antwortschreiben auf die an ihm gerichtete Neujaßadresse der Stadtverordneten erlassen:

„Mit wohlwollendem Gefühle haben Mich die Wünsche erfüllt, welche mir beim Wechsel des Jahres von Ihnen dargebracht worden sind. Von der vollen Aufrichtigkeit derselben überzeugt, erwiedere ich sie mit der Ver- sicherung, daß, wie ich meine ganze Kraft daran setze, das Vaterland ge- stige und materielle Wohlfahrt zu fördern und zu heben, es Mir zur besonderen Genugthuung gereicht, die Wohlfahrt sich auch in den rasch aufsteigenden Verhält- nissen Meiner ersten Reichthumsstadt Berlin ausdrücken zu sehen. In der be- rechtigten Hoffnung, daß die in dieser Stadt sich kundgebende mächtig schaf- fende Bewegung durch weises Einwirken der communalen Organe und in- nerhalb der Grenzen gesunder Entwicklung weiter voranschreiten wird, werde ich nicht aufhören, derselben Meine vorzügliche unterthänige Theilnahme zuzuwenden. Berlin, den 4. Januar 1873. ger. Wilhelm.

[Der Kronprinz] hat die Neujaßadresse mit folgendem Schrei- ben beantwortet:

„Die freundliche Zuschrift, mit welcher die Stadtverordneten der Haupt- stadt Mich zur Jahreswende begrüßt, ist Mir ein neues und erfreuliches Zeichen der innigen Gemeinschaft, welche Berlin mit dem Hause unseres Kaisers verbindet. Mit aufrichtigem Danke für die herzliche Theilnahme, welche die Vertreter der Bürgerchaft Mir in Meiner Krankheit geadmet haben, verbinde ich gern die besten Wünsche für die Hauptstadt und ihre Bewohner. Wiesbaden, den 6. Januar 1873. Friedrich Wilhelm, Kronprinz.“

[Das Befinden des Kronprinzen.] Dem „Ftbl.“ werden die günstigsten Berichte über das Befinden des Kronprinzen aus „best- unterrichteter Quelle“ bestätigt. Das Darmleiden, welches eine Zeit lang das gefährliche Symptom der zufolge einer Erkältung eingetretenen Krankheit war, indem ein Zurücktreten desselben in das Innere des Körpers das Schlimmste hätte befürchten lassen müssen, ist gehoben, und nimmt die Reconvalescenz oder Kräftigung des Patienten einen so günstigen Verlauf, daß in militärischen Kreisen die seihen aus Wiesbaden hierher gelangte Aeußerung desselben verbreitet, der Kronprinz werde die große Frühjahrsparade zu Pferde mitmachen.

Homburg, 10. Januar. [In der gestrigen Generalver- sammlung der Actionäre der hiesigen Spielbank wurde die Summe von 62,000 fl. für Remunerationen an die hiesigen Beamten und Bediensteten der Gesellschaft bewilligt. Von den Angeboten der Stadt Homburg wurde nur dasjenige bezüglich Uebernahme der Drangerie und des sonstigen Mobiliars für 80,000 fl. angenommen. Weitere Beschlüsse wurden nicht gefaßt.]

Darmstadt, 10. Januar. [Die neue Geschäftsordnung.] Die „Darmstädter Zeitung“ veröffentlicht die Grundzüge der neuen landständischen Geschäftsordnung, welche die Selbstständigkeit der Kam- mer wesentlich erweitert und einen beschleunigten Geschäftsengang, sowie die Berathung von Regierungsvorlagen und Anträgen ohne vorherige Verweisung an einen Ausschuß möglich macht.

Dresden, 10. Januar. [Der zur Berathung über das Volksschulgesetz gebildete Ausschuß] der zweiten Kammer saßte in seiner heutigen Sitzung definitive Beschlüsse. Die Majorität des Ausschusses empfahl die Beschlüsse der ersten Kammer in Betreff der ausschließlich confessionellen Stellung der Volksschule abzulehnen, und diejenigen über das facultative Schulgeld und die Besetzung der Lehrer- stellen durch Gemeindevahlen aufrecht zu erhalten. Die Minorität war dagegen für Annahme des ganzen Gesetzes nach den Beschlüssen der ersten Kammer. Der Vorstand des Ausschusses, der Abgeordnete Biedermann, kündigte hierauf an, er werde in dem Falle, daß das Gesetz abgelehnt werde, ein Nothgesetz einbringen, um die Fortbildungs- schulen und die sachmännlichen Bezirks-Schulinspektoren zu retten.

Deutsche Reich.

Wien, 10. Jan. [Der Präsident der französischen Re- publik] hat, wie die heutige „Presse“ erzählt, den französischen Bot- schafter Marquis de Banneville, beauftragt, dem Grafen Andrassy das tiefste Bedauern der französischen Regierung über den Samont'schen Incidenzfall auszudrücken.

Frankreich.

Paris, 9. Jan. [Bei der Nachricht von dem Tode Na- poleons,] welche Rouher zuerst in Versailles erhielt, verließen die bonapartistischen Abgeordneten sogleich die Kammer. Paris ist voll- kommen ruhig. Man versichert, daß Napoleon unmittelbar vor der Operation ein neues für die Deffentlichkeit bestimmtes politisches Testament gemacht habe. (Tel. Dep. d. Spen. 3.)

o. Breslau, 8. Januar. [Sitzung des Vereins zur Hebung der Ziegelindustrie.] Nach zweimonatlicher Pause fand am heutigen Tage unter Vorsitz des Herrn Reut. Mündner: Jeshil die erste Sitzung des Ver- eins zur Hebung der Ziegelindustrie unter angemessener Theilnahme im Hotel de Silesie um 10 1/2 Uhr Vormittags statt. Nach herzlicher Begrüßung des Vorstehers, der den Wunsch ausdrückte: der Verein möge wie im vorigen Jahre mit gleicher Thätigkeit und Ausdauer sein Ziel, die Hebung der Ziegelindustrie betreffend, verfolgen und in allen Kreisen Schlesiens dahin zu wirken suchen, daß so viel Ziegeleibesiger als möglich sich dem Breslauer resp. den Kreisvereinen anschließen. Redner wies ferner nach, daß die Mit- gliederzahl des Breslauer Verbandes vom Monat zu Monat zunehme und dadurch am besten beweise, wie nothwendig eine solche Vereinigung gewesen sei. — Die Tagesordnung war folgende: 1) Ofenconstruktionen betreffend. Referent der Vereins-Secretär. 2) Arbeiterfrage, betr. § 51 u. § 167 der Gesetzbuchordnung nebst einer zu ermöglichenden Feststellung des Ziegeleier- lohnes pro 1873. Referenten die Herren Cohn und Mündner. 3) Kohlen- frage incl. freier Besprechung. — Der Referent des Punktes 1 der Tages- ordnung macht folgenden Vorschlag: Der Verein möchte ein Concurrenz- Ausschreiben an Baumeister und Techniker ergehen lassen und einen Preis von 3—400 Thlr. für den zweckmäßigsten Ziegeleierofen festsetzen. Redner motivirte seinen Antrag dahin, daß er nachwies, wie verschieden und meistens unpraktisch ein großer Theil der Ofen sei, welche Unmengen von Brenn- material bei den hohen Kohlenpreisen nutzlos verschwendet und doch kein egales resp. normales fertiges Fabrikat erzielt werde. Nimmt man an, daß bei gewöhnlichen offenen oder auch gewölbten Ofen der Kohlenverbrauch pro Mille Ziegeln 2 1/2 Tonnen Stückerle zum Durchschnittspreise von 1 Thlr. 5 Sgr. pro Tonne betrage, während ein gut construirter Ringofen zu demselben Quantum Ziegeln nur 1 Tonne Kohlen bedarf, so giebt der Ver- fasser von offenen resp. unpraktischen Ofen bei einer Fabrication von nur einer Million Steine pro anno 1500 Thaler nutzlos aus und schädige dadurch nicht nur seine Interessen, sondern auch den nationalen Wohl- stand, weil Niemand von dieser Verschwendung einen Vortheil genieße. Der Antrag rief eine sehr lebhafte Debatte hervor, an der sich hauptsächlich die Herren Sanitätsrath Broste (Bauerwitz), Baumeister Goldbed (Obernigh), Windberger (Waldenburg), Harmering (Zimpel) und der Referent betheiligten. Dr. Broste führt an, er besitze einen von Weise aus Hainau erbauten Ofen mit 4 Kammern, der so ziemlich allen Anfor- derungen entspreche, (jede Kammer zu 20,000 Stück Ziegeln berechnet), in diesem Ofen brenne er (Redner) jährlich 3 1/2 Millionen Steine ab, die frei von jedem Anflug meist zu Rohbauten verwendet werden. Vorgelegte Probe- steine ließen nichts zu wünschen übrig. Trotzdem dieser Ofen auch zwei Tonnen Kleintohle pro Mille Ziegeln brauche, bietet er aber den großen Vortheil, daß die Steine noch naß in den Ofen gefahren werden können, ohne an Güte und Farbe zu verlieren. Redner laßt zur Beschäftigung sei- nes Stabes ein, um sich von der Richtigkeit seiner Angaben an Ort und Stelle zu überzeugen. Baumeister Goldbed ver- theiligt, daß von ihm verbesserte periodische und continuirliche Ring- Ofen-System, indem er durch Zahlen nachwies, daß die Anlage- kosten bei periodischen Ringöfen in 4 bis 6 Jahren, bei continuirlichen in 2 bis 4 Jahren amortisirt werden, während das Anlage-Capital von Brenn- öfen jeder anderen Construktion sich nie amortisire. Nach seinen, Redners Erfahrungen würde das Ringofen-System alle übrigen überbieten und thäre er nur rathen, die verhältnismäßig geringe einmalige Ausgabe nicht zu scheuen und Ringöfen anzulegen. Bei der Abstimmung fiel der Antrag des Referenten, resp. er wurde vertagt. Die Arbeiterfrage (Referent Herr Ludwig Cohn) als zweiter Punkt der Tages-Ordnung, wurde ausführlich behandelt. Redner wies in prägnanter Weise den Rechts- schaden unserer heutigen Arbeiter-Verhältnisse dem Arbeitgeber gegen- über nach, namentlich auch den der Contract-Brüchigkeit, und forderte den Verein zum energischen Handeln auf, da seiner, des Redners Ansicht, nach die Zukunft noch düsterer als die Vergangenheit zu sein schien und Arbeiterkrisen wohl noch häufiger als früher zu erwarten seien. Nur Einigkeit unter den Ziegeleibesigern, namentlich in der ganzen Provinz könne vor Schaden bewahren und rathe er, den schon einmal im Verein gefaßten Beschluß: sämtliche Ziegeleibesiger in und um Breslau, die dem Verein zur Hebung der Ziegelindustrie angehören, verpflichten sich durch Unterschrift keinen Ziegeleiarbeiter anzunehmen, der nicht einen Entlassungsschein seines früheren Arbeitgebers mitbringend, streng aufrecht zu erhalten. Außerdem empfiehlt Referent eine Petition an die Reichsgesetzgebung wegen Steigerung der Arbeitervergütung. Nach lebhafter Debatte erklärt sich der Verein mit sämtlichen Vorschlägen einverstanden und hofft auf rege Unterstützung von Seiten der Kreisvereine und einzelner Ziegeleibesiger in der Provinz. (Alle darauf bezüglichen Mittheilungen sind an den Vereins-Secretär Herrn Tamme Breslau, Kleinburgerstraße 39, zu richten.) Bei der freien Besprechung wurde auch über die neue Handziegelpresse, die in Breslau von einem renommirten Techniker gebaut wird, referirt. Gedachte Presse soll allen Anforderungen, die billiger Weis- an eine solche Maschine gestellt werden können, entsprechen und bereits in der nächsten Sitzung dem Verein zur Prüfung und Begutachtung überwie- sen werden. Entspricht die Presse den Anforderungen, so ist ihr Abzug ein ge- sichertes, denn schon jetzt laufen Bestellungen ein. — Zum Schluß wurde noch der Wunsch von mehreren Mitgliedern ausgesprochen: der Verein resp. der Vorstand möge doch für Begründung eines Vereins Ziegelcomptoirs Sorge tragen, um dadurch einem fühlbaren Bedürfnis abzuhelfen. Der Vorstand, selbst davon überzeugt, verspricht die nöthigen Schritte zu thun. — Schluß der Sitzung um 1 1/2 Uhr.

o. Buzlau, 9. Jan. [Stadtverordneten-Versammlung.] Der einzige Gegenstand, welcher auf der Tagesordnung der letzten Stadtverord- neten-Versammlung stand, war die Wahl des Bureau's für das Geschäftsjahr 1873. Rechtsanwält Winkberg, welcher acht Jahre hindurch das mühevolle Amt des Vorstehers verwaltet, hatte schon in der Schlusssitzung des vorigen Jahres entschieden erklärt, daß er eine Wiederwahl zum Vor- sther ablehnen würde, und so wurde zum Vorsther der bisherige Vorsther: Stellvertreter, Rechnungsrath Sommer, zum Stellvertreter Rechtsanwält Winkberg gewählt, während zum Schriftführer Kaufmann Schüller und zu dessen Stellvertreter Kaufmann Heidrich wiedergewählt wurden.

o. Nicolai, 9. Januar. [Communalen.] In der am 7. d. M. stati- gefundenen Stadtverordneten-Versammlung wurde als Vorsther der Rechts- anwält Hiller, als dessen Stellvertreter der künftliche Schlichtmeister Schwand II., als Schriftführer der Maurermeister Ruch, und als dessen Stellvertreter der Gekwirth G. W. Schellmann wiedergewählt. Als Be- geordneter ist der bisherige Rathmann, Kaufmann A. Horstella neu ge- wählt worden. In den 13 ordentlichen Sitzungen des Jahres 1872 haben 3 Stadtverordnete niemals, 1 einmal, 3 zweimal, 2 dreimal, 3 viermal, 3 fünfmal, 2 siebenmal und 1 einmal gefehlt. — Die Sammlung für die Disfector'schewemmen hat in unserer Stadt einen Ertrag von 206 Thaler ergeben.

o. Pless, 9. Jan. [Viehmarkt. — Gasbeleuchtung.] Bei dem heute hier abgehaltenen Viehmarkt war der Verkehr ein größerer als am vorigen Viehmarkt. Hindvieh war nicht in so großer Masse einge- trieben worden, dagegen war eine bedeutende Anzahl Pferde zum Verkauf gestellt und es entwickelte sich ein recht reger Handel. Was den schon frä- her erwähnten Uebelsand betrifft, daß der Viehmarkt hier in den Straßen der Stadt abgehalten wird, so scheint es, als ob die Verwaltung Schritte gehen sollte, um diesem wirklich belästigenden Uebelsande nach und nach abzuhelfen zu wollen, denn die nach dem Ringe führende Hauptverkehrs- straße war diesmal frei von Hindvieh. Der Ring aber bot wiederum das Bild eines Pferdemarktes dar. In den Seitenstraßen war wieder das Hind- vieh aufgestellt. — Wir müssen im öffentlichen Interesse wiederholt den Wunsch aussprechen, daß der Viehmarkt, insbesondere aber der Pferdemarkt, dessen Abhaltung auf dem beliebigen Verkehrsplatze in der Stadt für das Publikum gefährlich ist, endlich nach außerhalb der Stadt verlegt werde. Daß es den Verkäufern und resp. Käufern gestattet ist, vom Ringe aus mit ihren Pferden im vollen Galopp nach den Seitenstraßen in allen Richtungen hin zu jagen, ist doch unzweifelhaft gefahrbringend nicht nur für das erwachsene Publikum, sondern namentlich für die Kinder, welche an solchen Tagen den Weg zur und aus der Schule zurücklegen müssen. Sollte es nicht insofern, bis diesen Uebelsänden abgeholfen ist, geboten erscheinen, zur Verhütung von Unglücksfällen am Viehmarkt den Unterricht in den un- teren Klassen der Elementarschulen auszusetzen? — Wenn die Commune nicht in der Lage ist, einen geeigneten Platz zum Viehmarkt zu erwerben, würde es denn nicht möglich sein, den Herrn Fürsten von Pless zu bewegen, dem öffentlichen Interesse ein Opfer zu bringen und einen geeigneten Platz zu jenem Zweck pachtweise zu überlassen? — Vor Kurzem erregte unsere Straßenbeleuchtung, die obgleich noch Vieles im Dunkeln läßt, allgemeine Aufmerksamkeit. Es wurden nämlich plötzlich eines Abends nicht sammt- liche Laternen, wie bisher, sondern nur jede zweite Laterne beleuchtet, — kein Wunder, daß hier und da egyptische Finsternis eintrat. Dies wieder-

holte sich einige Abende nach einander. Nachdem wir uns vergeblich iⁿ Vermuthungen über die Veranlassung zu dieser wenig lichtfreundlichen Sanb- lungsweise unserer städtischen Gasanitätsverwaltung erschöpft hatten, er- fuhren wir endlich den richtigen Grund. Es war nämlich im verfloffenen Monat ein Deficit von etwa 100 Thalern entstanden und dieses Deficit sollte nun durch das ohne Rücksicht angewendete Sparsystem wieder gedeckt werden, um die Rechnung ins Gleichgewicht zu bringen.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts- Sternwarte zu Breslau.

Januar 10. 11.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Aufdruck bei 0°	334° 16	333° 92	334° 58
Luftwärme	+ 3° 8	+ 1° 5	+ 0° 2
Dunstdruck	2° 15	1° 98	1° 79
Dunstfälligkeit	77 pEt.	87 pEt.	88 pEt.
Wind	SO. 1	SO. 0	E. 1
Wetter	bezogen.	wolfig.	beiter.

Breslau, 11. Jan. [Wasserstand.] D.-P. 15 8.3. U.-P. 1 8. — 3.

Berlin, 10. Januar. Wohl war der Beginn des Geschäftes von einer recht festen Stimmung begleitet, doch konnte sich dieselbe nicht lange be- dauern und prägte sich später auf allen Gebieten einen Anlauf zur geschäft- lichen Thätigkeit aus, die keineswegs ihre Begründung von den sonst maß- gebenden Factoren herleiten kann. Alle Umstände hatten sich sogar ver- einigt, um der Haufe das Feld zu eben. Der Geldstand hier bleibt unausgesetzt sehr befriedigend, Geld ist zu sehr mäßigen Zinssätzen offerirt. Der Discontofas an der Bank von England ist herabgesetzt und auch hier wurde heute ein sehr günstiger Ban- ausweis publicirt, selbst der Tod des Kaisers Napoleon kann auf die Börse nur beruhigende Wirkung ausüben — mit all diesen sonst sehr schwer wiegenden Momenten stellte sich unsere Börse in Widerspruch und konnte für ein verärgertes Verhalten nicht einmal Wien verant- wortlich machen, da die von dort eintreffenden Depeschen eine festere Stimmung kanalisiert und den bisherigen Befürchtungen, die man an die Lage Wiens knüpfte, keinerlei Verschärfungen hinzuzufügen geeignet waren. Die Speculationspapiere lachten mit einer Erhöhung gegen die gestrigen Schlusscours ein, zogen auch im ersten Anlauf noch etwas an, sanken jedoch darauf unter die Anfangsnotirungen, ohne aber das Niveau der gestrigen Schlussnotirungen zu erreichen. Die Umsätze waren anfäng- lich sehr rege, ließen später aber nach, da wohl die Kaufkraft nachließ, auf der anderen Seite jedoch auch die Abgeber zurückhaltender waren. Von österreichischen Bahnen, die im allgemeinen wenig fest waren, zeigten Nord- westbahn und Galizier reges Leben. Kaschau-Oderberger waren sehr fest. In österreichischen Fonds fand zu unveränderten Courten nur geringes Ge- schäft statt. Auch andere auswärtige Fonds blieben sehr vernachlässigt. Amerikaner gut behauptet, französische Rente beliebt. Auf russische Staats- papiere wirkten die Nachrichten über eine neue Anleihe, die an Consi- stenz gewannen, depressirend und hatten besonders Pfund-Anleihen darunter zu leiden, 72er Anleihe ziemlich beliebt. Preussische Fonds in- schonachem Begehrt, meist gaben die Course etwas nach, nur Staats- schuld-Scheine fest. Prioritäten behaupteten bei geringem Geschäft ziemlich gestrige Notirungen. Auf dem Eisenbahnactien-Markte herrschte eine lustlose Leuzen, schwere Bahnen waren entschieden matt, wiewohl sich zum Schluß hierfür einige Kaufkraft entwickelte, die die herabgesetzten Course wenigstens in Geld-Notirungen verwandelte. Köln-Mindener und Rheinische lebhaft, Götlicher sehr fest, Märktisch-Posener weniger fest, wie gestern. Im Prämien-Geschäft entwickelte sich zu den herabgesetzten Courten ein ziemlich lebhaftes Geschäft. Für Vantactien war die Stimmung durchaus nicht eine einseitige. Die sonst beliebten Debisen gaben wiederum nicht uner- heblich nach und konnten sich nur zum Theil erst zum Schluß wieder etwas erholen, andere Vantactien gaben aber zu steigenden Courten ziem- lich lebhaft um. So Berliner Wechselbank, Unionbank und Meininger, Producten- und Handelsbank sehr beliebt. Industriepapiere verhielten sich matt, meist aber blieben sie geschäftlos. Von Bergwerken gingen Schles. Kohlen, Schles. Zink und Mechernitz etwas höher, Halberstädter Eisenm. 107 beliebt, Egells begehrt und steigend auf die Neugestaltung des Verwal- tungsrathes. (Bank- u. S.-Z.)

Berlin, 9. Januar. Versicherungs-Gesellschaften.

Name der Gesellschaft.	1871.	1872.	Zinsfuß.	Zinsstermin.	Der Course vertheilt ist.	Course.
Aden-Mündener Feuer-Vers.-G.	51	—	4	1/5.	pr. St.	2275 B.
Aden-Mündener Feuer-Vers.-G.	41 1/2	—	fr. 3.	—	do.	620 B.
Allg. Eisen-Vers.-G. zu Berlin	21	—	4	do.	pEt.	130 B.
Allg. Vers.-G. (Magd.)	—	—	5	do.	pr. St.	109 B.
Baseler Transport-Vers.-G.	7	—	fr. 3.	—	do.	—
Berl. Land- u. Wassertransp.-G.	36	—	fr. 3.	—	do.	—
Berl. Feuer-Vers.-Anstalt	25	—	4	1/1.	do.	340 B.
Berl. Hagel-Versicherung-Ges.	34 1/2	—	4	do.	do.	151 B.
Berl. Lebens-Vers.-G.	22	—	5	do.	do.	652 B.
Colonica, Feuer-Vers.-G. zu Köln	55	—	4	do.	do.	1890 B. excl.
Concordia, Lebens-V.-G. zu Köln	13 1/2	—	4	do.	do.	580 B.
Deutsche Feuer-V.-G. zu Berlin	0	—	4	do.	do.	—
Deutsche Transport-Vers.-G.	—	—	5	1/7.	do.	—
Dresdener allg. Transport-V.-G.	40	—	4	do.	do.	—
Dresdener allg. Transport-V.-G.	35	—	4	1/1.	do.	132 B.
Erfelder Feuer-Vers.-G.	37 1/2	—	5	1/1.	do.	875 B.
Fortuna, allg. V.-Act.-G. zu Berlin	12	—	fr. 3.	—	do.	300 B.
Germania, Lebens-V.-G. zu Stettin	5	—	fr. 3.	—	do.	125 B.
Gladbacher Feuer-Vers.-G.	12 1/2	—	4	1/1.	pEt.	114 B.
Kölnische Hagel-Vers.-G.	0	—	4	do.	do.	104 B.
Kölnische Rückvers.-G.	12	—	4	do.	do.	120 B.
Leipziger Feuer-Vers.-G.	86 1/2	—	4	1/6.	pr. St.	1750 B.
Magdeburger Feuer-Vers.-G.	45	—	4	1/1.	do.	940 B. excl.
Magdeburger Hagel-Vers.-G.	6 1/2	—	5	do.	do.	75 B.
Magdeburger Lebens-Vers.-G.	2 1/2	—	5	do.	do.	100 B.
Magdeburger Rückvers.-G.	14	—	5	do.	pEt.	196 B. excl.
Medlenb. Leb.-Vers.-u. Sparbank	7	—	5	1/7.	do.	117 B.
Niederrh. Stürm-Vers.-G. zu Wesel	56	—	5	1/1.	do.	200 B.
Nordstern, Lebens-V.-G. zu Berlin	5 1/2	—	4	do.	pr. St.	100 B.
Preuss. Hagel-Vers.-G.	0	—	4	1/1.	do.	85 B.
Preuss. Hyp.-V.-Act.-G. zu Berlin	12	—	4	do.	do.	119 1/2 B.
Preuss. Lebens-Vers.-G.	7	—	4	do.	do.	103 B.
Preuss. National-V.-G. zu Stettin	26	—	4	do.	pEt.	125 1/2 B.
Prohibentia, V.-G. zu Frankfurt a. M.	4	—	4	do.	do.	—
Rheinisch-Westfälischer Lloyd	12	—	4	do.	pr. St.	200 B.
Rheinisch-Westfäl. Rückvers.-G.	6	—	4	do.	pEt.	99 B.
Sächsische Rückvers.-G.	40	—	4	do.	do.	104 B.
Schlesische Feuer-Vers.-G.	20	—	4	do.	do.	132 B.
Thuringia, Vers.-G. zu Erfurt	0	—	4	do.	do.	92 B.
Union, allg. deutsche Hagel-Vers.-G.	10	—	5	1/4.	do.	95 B.
Union, See- u. Fl.-V.-G. zu Stettin	28	—	4	1/1.	do.	121 1/2 B.

[Aus den englischen Manufacturbezirken.] 6. Jan. Das neue Jahr hat unter leidlich günstigen Auspicien begonnen. In Manchester wurde trotz der durch die Feiertage verursachten Unterbrechung ein hübsches Ge- schäft gemacht: Preise gingen ein wenig in die Höhe, die Nachfrage für Indien und China wurde etwas lebhafter und es bedurfte nur einer ent- schiedenen Steigerung des Bedarfs für die auswärtigen Märkte, um das Geschäft vollständig flori zu machen. Leider wurde am Ende der Woche eine Verstim- mung herbeigeführt durch das Falliment des Hauses John J. Rawson u. Co., eine der ältesten Firmen in London, welche auch in Manchester etablirt ist. Die Passiva werden auf 600,000—700,000 £ geschätzt. Verursacht soll dasselbe sein durch die Testaments-Bestimmung eines verstorbenen Theilhabers, in Folge deren dem Hause plötzlich bedeutende Summen entzogen wurden. Das von der Geschäftsfirma erlassene Circularschreiben wirft weiter kein Licht auf die Ursachen der Gläubiger. Es ist zu hoffen, daß dieser Geschäftszusammensturz von keinen weitergreifenden Folgen begleitet sein wird. — Von Nottingham wird eine größere Lebhaftigkeit in einigen Aritelen berichtet. Einfache und Mehlin-Neze waren gefuchte Waare; in Baumwollenspißen zeigte sich eine mäßige Nachfrage für den Continent, während Seidenpißen vernachlässigt blieben. Der Bradforder Woll- markt zeigte einen besseren Ton in der vergangenen Woche: Preise blie- ben fest. Uebrigens sind die meisten Spinner, gerade wie in Manchester noch mit Effecturierung alter Ordres beschäftigt. — In Salisat gaben die sanguinischen Aussichten, welche das kommende Jahr darbietet, dem Woll-

und Gangeschäft einen kräftigen Impuls. Der Markt war wohl versorgt; Aufträge für Carne waren zahlreich und Verkäufer ließen sich zu liberalen Bedingungen herbei; doch waren geringere und mittlere Sorten gesucht als die feineren. In Sudbuckfield und Leicester hält das neue Jahr mit den gehofften günstigen Wirkungen noch etwas zurück. An ersterem Orte arbeiten Fabrikanten mit aller Macht auf Lager, um für die Zukunft die Eventualität eines so geringen Lagerbestandes, wie er während der größten Zeit der verkauften zwölf Monate geherrscht, frühzeitig vorzubeugen. In Leicester beschränkt sich das Geschäft auf Baumwollgewinnste und Wirkwaren, da für elastische Gewebe, wie gewöhnlich um diese Zeit, die todtte Saison eingetreten ist. Der Eisenhandel steht sich ganz günstig an im neuen Jahre. Zwar sind in Birmingham die Factoren und Werkstätten nur theilweise im Gange; indeß ist dies eine Folge notwendiger Maschinen-Reparaturen, und es ist kein Grund vorhanden, zu zweifeln, daß die Fabrikanten und Arbeiter bald Beschäftigung vollaus haben werden. Es wird hierbei der Stand der Preise einen großen Factor bilden, und auf diesen haben die Producenten nur einen theilweisen Einfluß, da Rohstoffe, Brennmaterial und Arbeitslöhne mit eingehen. Borey ist Messing um 1/2 und Kupfer um 1/4 D. pr. Pfd., Nadelstahl um 5 s pr. Tonne gestiegen, während gleichzeitig Nadel um 1 Sch. per Pfd. oder um 1 1/2 % aufschlugen. — In den Eisenbezirken waren die Ausfuhr befriedigend genug, wurden sie nicht durch Besorgnisse von neuen Arbeits-Einstellungen gestört. Bekanntlich bedroht ein solcher weitgreifender Act die Kohlen- und Eisenbezirke von Wales und bevor nicht Aussicht auf dessen zeitige Abwendung vorhanden ist, wollen die dortigen Establishments keine neuen Bestellungen zu den jetzigen Preisen annehmen. Der Streit dreht sich darum, daß die Arbeiter eine Lohnerhöhung fordern, wogegen die Arbeitgeber sich anheischig machen, aus ihren Bäckern nachzuweisen, daß sie diese ohne politischen Verlust nicht gewähren können. Die Arbeiter ihrerseits erklären, daß sie aus den Bäckern nimmer klar werden könnten, und im Augenblicke scheint eine Verständigung davon abzuweichen, ob die Arbeitgeber einwilligen werden, ihre Bäckerei einer gemischten Commission von Sachverständigen vorzulegen. Im Uebrigen haben Kohleisen und dessen Fabrikate von Neuem einen nicht unbedeutenden Aufschlag erfahren. In Middlesbrough ist kaum eine Order für das laufende Jahr unter 105 Sch. pr. T. 3 anbringen und für gewöhnliche Sectionen Schienen werden dort 10–12 % verlangt. — In Wolverhampton schlugen Preise ebenfalls seit Weihnachten nicht unbedeutend auf. Vorräthe sind überall gering, und die meisten Establishments befinden sich mit ihren Lieferungen stark im Rückstande.

Wien, 10. Jan. Die Einnahmen der Elisabeth-Westbahn betragen in der Woche vom 1. bis 7. Januar 116,224 Fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Woche des Vorjahres eine Mindereinnahme von 14,728 Fl. Wocheneinnahme der Linie Neumarkt-Braunau-Simbach 6198 Fl., Mindereinnahme 3020 Fl. — Wocheneinnahme der Linie Salzburg-Hallein 1078 Fl., Mindereinnahme 290 Fl.

Wien, 10. Jan. Wochenausweise der gesamten lombardischen Eisenbahnen vom 23. bis zum 29. Dec. v. J. 1,675,638 Fl., gegen 1,320,513 Fl. der entsprechenden Woche des Vorjahres, mithin Wocheneinnahme 355,124 Fl. Wocheneinnahme der Linie Salzburg-Hallein 1078 Fl., Mindereinnahme 290 Fl.

Berlin, 10. Januar. Weizen loco 72–89 Tblr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität poln. — Tblr. bez., weißbunter poln. — Tblr. bez., gelber mecklenburger 81 Tblr. bez., pr. Januar-Februar 81 1/2 % Tblr. bez., Februar-März — Tblr. bez., März-April — Tblr. bez., April-Mai 83 1/2 % Tblr. bez., Mai-Juni 83 1/2 % Tblr. bez. — Roggen loco 58 1/2 %–59 1/2 % Tblr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität bez., pr. Januar 58 1/2 % Tblr. bez., Januar-Februar 57 1/2 % Tblr. bez., Februar-März — Tblr. bez., April-Mai 57–58 1/2 % Tblr. bez., Mai-Juni 56 1/2 % Tblr. bez., Juni-Juli 56 1/2 % Tblr. bez. — Rüböl zwar niedriger, aber doch besser gefragt als zuletzt, loco 23 Tblr. bez. — Spiritus bei kleinem Handel ziemlich fest, loco ohne Faß 17 Tblr. 25–25 Sgr. bez., pr. Januar und Januar-Februar 18 Tblr. 3–4 Sgr. bez., Februar-März — Tblr. — Sgr. bez., April-Mai 18 Tblr. 10–16 Sgr. bez., Mai-Juni 18 Tblr. 17–18 Sgr. bez., Juni-Juli 18 Tblr. 25–27 Sgr. bez. — Gefölligt 10,000 Liter 18 Tblr. 3 Sgr. bez. — Wetter: hell.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Bern, 10. Jan. Nach einer offiziellen Aeußerung des Bundesraths entbehrt die Nachricht, daß die Direction der Gotthardbahn den Bau der Linie Bellinzona-Magadino-Pino nicht auszuführen beabsichtigt, jeder Begründung, vielmehr soll dieselbe, obgleich die Direction dazu vertragmäßig nicht verpflichtet ist, von vornherein zweipartig angelegt werden.

Paris, 10. Januar, Abends. Die Besetzung des päpstlichen Vot-schafters durch Corcelles ist gewiß und wird wahrscheinlich morgen vom „Journal officiel“ publicirt. Trotz der Geheimhaltung der Verhandlungen zwischen Thiers und der ersten Subcommission verlautet, daß über das suspendirte Veto und die Theilnahme Thiers an den Verhandlungen der Nationalversammlung ein Einverständnis erzielt wurde. Das linke Centrum wählte heute Christophel mit 63 Stimmen zum Präsidenten; 58 Stimmen erhielt Perier. Der Letztere und sein Anhang verließen sofort das Wahllokal. Eine Spaltung des linken Centrums gilt als zweifellos.

Verfaillés, 10. Jan., Abends. Nationalversammlung. Schluß der Generaldebatte über Broglie's Antrag betreffend der Reorganisation des Unterrichtswesens. Bei der Specialdebatte über den ersten Artikel wurde das Amendement Paëcal-Duprat's mit 414 gegen 211 Stimmen abgelehnt.

Rom, 10. Jan., Abends. Kammerstimmung. Massart vom Tode Napoleons sprechend sagt: Er glaube dem tiefen Bedauern Italiens über den Verlust eines Mannes Ausdruck geben zu können, welcher der Unabhängigkeit Italiens so große Dienste geleistet habe. Der Ministerpräsident Lanza erklärt, diese Gefühle zu theilen, und sagt, ganz Italien werde die Todesnachricht mit großem Schmerze vernehmen. Italien könne nicht vergessen, wie viel es Napoleon schuldet, welcher so wirksam mit seinem Rathe wie mit den Waffen zur Befreiung, Unabhängigkeit und Einheit Italiens beigetragen habe. (Zustimmung.)

„Voce della verita“ schreibt: Baron Michels ist aus Verfaillés in Rom eingetroffen. Er überbringt Aufklärungen über Verfügungen der französischen Regierung, welche die Stellung des französischen Vot-schafters bei dem Stuhle betreffen. Corcelles hat in Folge dieser Verfügungen, die wir für sehr gut halten, den Vot-schaftersposten angenommen.

Rom, 10. Jan. Alle Journale enthalten auf das Ableben Napoleons bezügliche Artikel und sprechen sich mit voller Anerkennung über den Verlust eines Mannes Ausdruck geben zu können, welcher der Unabhängigkeit Italiens so große Dienste geleistet habe. Der Ministerpräsident Lanza erklärt, diese Gefühle zu theilen, und sagt, ganz Italien werde die Todesnachricht mit großem Schmerze vernehmen. Italien könne nicht vergessen, wie viel es Napoleon schuldet, welcher so wirksam mit seinem Rathe wie mit den Waffen zur Befreiung, Unabhängigkeit und Einheit Italiens beigetragen habe. (Zustimmung.)

Turin, 10. Jan., Abends. Heute Nacht fand bei Grove auf der Eisenbahnlinie Turin-Genua der Einsturz des Tunnels in der Länge von 15 Meter statt. Der Verkehr zwischen Busalla und Ponte-Deimo ist eingestellt.

London, 10. Jan. Der hier bestehende Gesellschaft wider die Sklaverei ist auf ihre Zuschrift an das Cabinet von Washington eine Antwort des Staats-Secretärs Fish zugewandt, welcher zufolge der amerikanische Consul in Janjibar und das dort stationirte amerikanische Kriegsschiff angewiesen worden sind, in jeder thunlichen Weise die Mission Sir Barile Frères zu unterstützen und zu einer Sicherung des Erfolges derselben mitzuwirken. — In einem gestern in Greter-Hall von den Londoner Gewerkevereinen abgehaltenen Meeting wurden Tadel-Resolutionen über die Verurtheilung der streikenden Gasarbeiter angenommen und — in Folge der Weigerung des Staats-Secretärs Bruce, eine wegen Freilassung der Gasarbeiter an ihn abgeschickte Deputation zu empfangen, — der Beschluß gefaßt, in allen Fabrikstädten zu Ab-

haltung von Meetings und zur Einreichung von Petitionen beim Parlament Aufforderungen zu erlassen, damit eine schnelle Freilassung der Verurtheilten erzielt werde.

Petersburg, 10. Jan. Die Besserung im Befinden des Großfürst-Thronfolgers dauert fort; der Eintritt der Reconvalescenz wird in dem heutigen Bulletin constatirt.

Berliner Börse vom 10. Januar 1873.

Wechsel - Course.				Eisenbahn-Stamm-Action.			
Amsterdam 250 Fl.	k. S.	5	140 1/2 bz.	Aachen-Mastricht	1870	1871	Zf.
do. do.	2 M.	5	139 1/2 G.	Berg-Märkische	8	7 1/2	46 bz.
Hamburg 300 Mk.	k. S.	3	148 1/2 bz.	Berlin-Anhalt	16	15 1/2	212 bz G.
do. do.	2 M.	3	148 1/2 bz.	Berlin-Görlitz	1	0	115 1/2 bz G.
London 1 Lst.	3 M.	5	62 1/2 bz.	Berlin-Hamburg	10	10 1/2	226 bz G.
Paris 300 Frs.	2 M.	5	92 1/2 bz.	Berlin-Potsd.-Magd.	9 1/2	11 1/2	152 1/2 bz G.
Wien 100 Fl.	2 M.	6	91 1/2 bz.	Berlin-Stettin	20	19 1/2	168 1/2 bz G.
Augsburg 100 Fl.	2 M.	4	56 1/2 G.	Böhm. Westbahn	7 1/2	8 1/2	109 1/2 bz G.
Leipzig 100 Thlr.	2 M.	5	99 1/2 G.	Breslau-Freiburg	7 1/2	8 1/2	124 1/2 bz G.
Frankf. a. M. 100 Fl.	2 M.	4 1/2	56 1/2 G.	do. do. neue	10 1/2	11 1/2	168 1/2 bz G.
Petersburg 100 Rub.	3 M.	6 1/2	89 1/2 bz.	Cöln-Minden	10 1/2	11 1/2	113 1/2 G.
Warschau 90 SR.	3 M.	6 1/2	82 1/2 bz.	do. do. neue	5	5	113 G.
Bremen	8 T.	5	82 1/2 bz.	Dux-Bodenbach	5	5	62 1/2 bz G.

Fonds und Gold-Course.				Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Action.			
Nordd. Bundes-Anl.	5	102 bz.		Berlin-Görlitz	5	5	107 1/2 bz G.
Freiw. Staats-Anl.	4 1/2	102 bz.		Berlin-Nordbahn	5	5	73 1/2 bz G.
Staats-Anleihe v. 1859	5	102 bz.		Breslau-Warschau	5	5	65 bz G.
do. dito 1854/55	4 1/2	101 1/2 bz G.		Halle-Soran-Guben	5	5	82 1/2 bz G.
do. dito 1856/57	4 1/2	101 1/2 bz G.		Hannover-Altenb.	5	5	90 1/2 bz G.
do. dito 1857/58	4 1/2	101 1/2 bz G.		Köln-Frankf.	5	5	89 1/2 bz G.
do. dito consolid.	4 1/2	103 G.		Märk.-Posener	5	5	82 1/2 G.
do. dito 1850/52	4	95 1/2 bz.		Magdeb.-Halberst.	3 1/2	3 1/2	83 bz G.
do. dito 1853	4	95 1/2 bz.		Magdeb.-Leipzig	12	16	267 1/2 bz G.
do. dito 1854	4	95 1/2 bz.		do. Lit. B.	4	4	99 1/2 bz G.
do. dito 1855	4	95 1/2 bz.		Mainz-Ludwigshaf.	9 1/2	11	175 1/2 bz G.
do. dito 1856	4	95 1/2 bz.		Ndrschl.-Märk.	4	4	95 1/2 bz G.
do. dito 1857	4	95 1/2 bz.		Ndrschl.-Zweigb.	12 1/2	13 1/2	214 1/2 bz G.
do. dito 1858	4	95 1/2 bz.		Oberelsaß. A. u. O.	12 1/2	13 1/2	214 1/2 bz G.
Staats-Schuldscheine	3 1/2	89 bz.		Oestr.-Fr.-St.-B.	12 1/2	13 1/2	204 1/2 bz G.
Präm.-Anleihe v. 1855	3 1/2	124 1/2 G.		Oestr.-Nordwestb.	5	5	115 1/2 bz G.
Berliner Stadt-Oblig.	4 1/2	100 1/2 bz.		Oestr. süd. St.-B.	3	4	131 1/2 bz G.
Cöln-Mind. Präm.versch.	3 1/2	94 1/2 bz G.		Ostpreuss. St.-B.	0	0	44 1/2 bz G.
Berliner	4 1/2	99 1/2 bz G.		Rechte O.-U.-Bahn	4	3	126 1/2 bz G.
Central-Bank-Gr.	5	102 1/2 G.		Reichenberg-Pard.	4 1/2	4 1/2	80 1/2 bz G.
do. Unkündb.	5	101 1/2 G.		Rheinische	10 1/2	10 1/2	155 1/2 bz G.
Pommersche	3 1/2	81 1/2 G.		Rhein-Nahe-Bahn	0	0	44 1/2 bz G.
Schlesische	3 1/2	80 1/2 G.		Rumän. Eisenb.	5	5	43 1/2 bz G.
Kurs u. Neumark.	4	95 1/2 G.		Schweiz. Westbahn	9 1/2	10 1/2	53 1/2 bz G.
Pommersche	4	95 1/2 G.		Stargard-Posen	4 1/2	4 1/2	100 1/2 G.
Posenische	4	92 1/2 G.		Thüringer	9	10 1/2	146 bz G.
Preussische	4	92 1/2 G.		Warschau-Wien	12	12 1/2	86 1/2 G.
Westfäl. u. Rhein.	4	92 1/2 G.					
Schlesische	4	96 1/2 G.					
Schlesische	4	94 G.					

Karh. 40 Thlr.-Loose 7 1/2 % G.							
Oldenburg Loose 3 1/2 % G.							
Louis d'or 111 1/2 G.	Dollars 1.11 G.						
Sovereigns 62 1/2 G.	Frdm.Bkn. 94 1/2 % G.						
Napoleons 5.10 % G.	Oest. Bkn. 92 1/2 % G.						
Imperial 5.16 % G.	Russ. Bkn. 82 1/2 % G.						

Ausländische Fonds.				Bank- und Industrie-Papiere.			
Oest. Silberrente	4 1/2	65 1/2 G.		Anglo-Deutsche Bk.	—	5	124 1/2 G.
do. Papierrente	4 1/2	61 1/2 G.		Berliner Bank	—	15	114 1/2 G.
do. Lott.-Anl. v. 60	5	95 1/2 G.		Berl. Bankverein	—	16	143 1/2 G.
do. 54er Präm.-Anl.	4	95 1/2 G.		Berl. Kass.-Ver.	12	12 1/2	409 G.
do. Credit-Loose	—	118 1/2 G.		Berlin, Hand.-Gk.	9	12 1/2	149 1/2 G.
do. 54er Loose	—	92 1/2 G.		Berl. Lombard-Bk.	—	5	92 1/2 G.
do. Silberpräm. v. 64	5 1/2	81 1/2 G.		Berl. Makler-Bank	—	25 1/2	146 1/2 G.
Pfänd. d. Oest.-Bd.-Gr.-Gs.	5 1/2	92 1/2 G.		Berl. Prod.-Makl.-B.	—	12 1/2	98 1/2 G.
Wiener Silberpräm. v. 64	5 1/2	85 1/2 G.		Berl. Wechselbank	—	12 1/2	60 1/2 G.
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5 1/2	130 1/2 G.		Braunschw. Bank	8 1/2	8 1/2	124 1/2 G.
do. Bod.-Cred.-Pfänd.	4	125 1/2 G.		Bresl. Disc.-Bank	—	13	119 1/2 G.
Russ.-Pol. Schatz-Obl.	4	91 1/2 G.		Friedenthal u. C.	—	13	122 1/2 G.
Poln. Pfänd.-Pfänd.	4	78 1/2 G.		do. neue	—	—	140 B.
Amerik. 5 % Anl. p. 1882	6	100 1/2 G.		Bresl. Handels-Gk.	—	—	157 1/2 G.
do. 5 % Anleihe	6	97 1/2 G.		Bresl. Makl.-Ver. Bk.	—	—	114 G.
Badische Präm.-Anl.	4	110 B.		BrProvWechselb.	—	—	129 1/2 G.
Baiersche 4 % Anleihe	4	112 B.		Brs. Wechselbank	—	12	128 1/2 G.
Frankreich. Rente	5	84 1/2 G.		Centr.-Bk. f. Genos.	—	12	128 1/2 G.
Ital. neue 5 % Anleihe	5	65 1/2 G.		Coburger-Cred.-Bk.	5 1/2	10 1/2	107 1/2 G.
Ital. Tabak-Oblig.	6	98 1/2 G.		Danziger Priv.-Bk.	6 1/2	7	114 1/2 G.
Russ.-Graser 100 Thlr.-L.	—	—		Darmst. Creditb.	10	15	133 1/2 G.
Rumänische Anleihe	—	—		Darmst.Zettelbank	6 1/2	8	114 1/2 G.
Türkische Anleihe	5	51 1/2 G.		Dessauer	—	—	—

Badische 35 Flr.-Loose 40 1/2	do. junge	—	10 1/2	127 1/2 bz G
Braunsch. Präm.-Anl. 24 1/2 bz.	Gewb.-Schuttsch. do. junge	7 1/2	9 1/2	130 1/2 bz G
Schwedisch 10 Thlr.-Loose —	Goth.Grundcred.-Bk.	9 1/2	9 1/2	114 1/2 B.
Finnische 10 Thlr.-Loose 3 1/2 bs.	Hamb. Nordb.-Bk.	11 1/2	12 1/2	174 1/2 B.
	do. Vereins-Bk.	11 1/2	12 1/2	124 1/2 G.
	Hannoversche do.	5 1/2	5 1/2	110 1/2 bz
	Königsberger do.	—	11 1/2	102 C.
	do. junge	—	—	—
	Landw.-B. Kwlitz	14	—	5 —
	do. junge	—	—	5 —
Berg-Märk. Serie II. 4 1/2	Leipz. Credit-Bank 8 1/2	11	—	174 1/2 bz G
do. III. v. St. 3 1/2 % 3 1/2	Luxemburger do. 10	12	—	140 —
do. do. VI. 4 1/2	Magdeburger do. 6 1/2	5 1/2	—	107 1/2 G.
do. do. Nordbahn 4 1/2	Meininger do. 10	12	—	144 1/2 bz
Breslau-Freib. Litt. D. 5	Moldauer Lds.-Bk. 5 1/2	6	4	—
do. do. H. 4 1/2	Ndrschl.Cassenvor. 10	12	5	126 bz
Cöln-Minden — III. 4	Nordr. Grunder-B. 4	8	4	107 bz G
do. do. do. 4 1/2	Oberlausitzer Bnk. —	10 1/2	—	105 G.
do. do. IV. 4	Oest. Credit-Actien 14 1/2	17 1/2	—	203-1 1/4 bz
do. do. V. 4 1/2	Oest. Bank 5	6	—	108 bz
Cosel-Oderb. (Wilh.) 4	Ostf. Producten-Bk. —	—	—	88 B.
do. do. III. 4 1/2	Posener Bank —	7 1/2	6 1/2	112 1/2 G.
do. do. IV. 4 1/2	Preuss. Bank-Act. 11 1/2	12 1/2	14 1/2	121 bz
do. do. V. 4 1/2	Pr.Brödel-Cr.-Act.-B 8 1/2	14	—	173 1/2 bz B
Märkisch-Posener — 5	Pr.Central-Ord.Cr. 7	9 1/2	—	128 1/2 bz B
Ndrschl.-Märkische — 4				